

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheudits, Angustastr. 8. — Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Veretungsmittler sowie Veretungsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Die Verbandstage der Buchdrucker und Buchbinder und der graphische Industrieverband. Rundschau. Die deutschen Gewerkschaften auf der Leipziger Baufachausstellung, II. Wirtschafts- und soziale Gesellschaftsentwicklung. — **Allgemeines:** Aus unserm Bulletin. Die Pfingsttagung unseres schwedischen Bruderverbandes. Die Generalversammlung des österreichischen Senefelderbundes. Zur Generalversammlung, VII, VIII, IX. Gautag in Leipzig. Ortsberichte: Frankfurt a. M. — **Der Lithograph:** Der Mißbrauch der Schule für die Lehrlingsausbeutung. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Elberfeld (Chemigr.), Cöln (Chemigr.) — **Photogr. Mitarbeiter:** Warnung vor Zuzug nach Deutschland. Aus den Sektionen: Berlin, München, Stuttgart. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Anzeigen.**

## Die Verbandstage der Buchdrucker und Buchbinder u. der graphische Industrieverband.

In der Woche vom 16. bis 21. Juni fanden die Generalversammlungen der Verbände der Buchdrucker und der Buchbinder statt. Das Buchdruckerparlament tagte in Danzig, das Parlament der Buchbinder in Stuttgart. Beide Organisationen stehen unserm Verbands sehr nahe, sodaß unser Hauptvorstand auch auf beiden Tagungen — bei den Buchdruckern durch unsern Verbandsvorsitzenden Kollegen Sillier, bei den Buchbindern durch den stellvertretenden Vorsitzenden Kollegen Müller — vertreten war. Die vielen Berührungspunkte und die engen Beziehungen, die zwischen den genannten Verbänden und unserer Organisation bestehen und die immer inniger und fester gestaltet werden müssen, sind Veranlassung gewesen, daß viele unserer Kollegen mit Spannung die Danziger und Stuttgarter Verhandlungen verfolgten und ihre Ergebnisse erwarteten.

Im Vordergrund dieses lebhaften Interesses dürfte wohl die Frage gestanden haben, ob die Tagungen den Boden für eine weitere Annäherung aller Verbände des graphischen Gewerbes bereiten halfen und den Gedanken ihres festen Zusammenschlusses zu einer einheitlichen Organisation erneut gefestigt und gefördert haben. Von vornherein kann gesagt werden, daß alle diejenigen, die in dieser Beziehung von optimistischen Erwartungen erfüllt waren, eine Enttäuschung erlebten. Nach den Berichten der Arbeiterlagerepresse hat sich der Verbandstag der Buchdrucker mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt, während sie auf dem Verbandstage der Buchbinder kurz und kühl abgeferligt worden ist.

In seinem Geschäftsbericht hob der Verbandsvorsitzende der Buchbinder, Genosse Kloth hervor, daß das Verhältnis des Verbandes zu den übrigen graphischen Organisationen durchaus freundschaftlich sei. Er habe die Generalversammlungen dieser Verbände besucht und sich dort bemüht, eine engere Verbindung zur Anbahnung eines graphischen Industrieverbandes herbeizuführen. »Leider ohne Erfolg«, heißt es dazu im Geschäftsbericht, »da es über platonische Erklärungen oder

Resolutionen nicht hinausging. Es liegt für uns keine Veranlassung vor und es dürfte kaum dem gewollten Zweck dienlich sein, weiter bei den anderen graphischen Verbänden um die Schaffung eines graphischen Verbandes zu bitten. Lassen wir doch, nachdem wir genügend unsere Bereitwilligkeit erklärt haben, die anderen Verbände mit Wünschen an uns heranreten, wir werden sie sympathisch begrüßen.«

Im Rahmen dieser Ausführungen bewegte sich dann auch die Behandlung der Anträge, die die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wünschden und vom Verbandsvorstande verlangen, er solle sich zu diesem Zwecke mit den anderen graphischen Verbänden in Verbindung setzen. Während ein Redner (Weinländer-Nürnberg) die Bestrebungen, die die graphischen Verbände einander näher bringen, befürwortete, betonte ein anderer (Herzog-Berlin), daß man sich nicht fortgesetzt den anderen Verbänden aufdrängen solle. Genosse Kloth betonte, daß die Konzentration im graphischen Gewerbe immer mehr zu einer Verschmelzung dränge, bat aber um Ablehnung der Anträge, da bei den übrigen Verbänden noch nicht allzuviel Liebe für eine Verschmelzung vorhanden sei. In diesem Sinne hat dann der Verbandstag beschlossen und die Anträge abgelehnt.

Unser Verband ist, wie wir schon mehrfach betonten, jederzeit für eine Verschmelzung, die alle Verbände des graphischen Gewerbes umfaßt, zu haben. Die Stuttgarter Generalversammlung unseres Verbandes wird darüber zu entscheiden haben, ob eine Verschmelzung auch ohne den Verband der Buchdrucker anzustreben ist. Unseres Erachtens liegt zu einer Änderung des bisherigen Standpunktes unserer Organisation keine Veranlassung vor. Aber mit Kloth sind wir der Meinung, daß die Entwicklung im graphischen Gewerbe immer mehr zu einer Verschmelzung drängt, der sich auch die Buchdrucker wegen dieser Entwicklung auf die Dauer nicht ablehnend gegenüberstellen können.

Auch im Buchdruckgewerbe verschärfen sich die Verhältnisse immer mehr. Zutreffend hob der Verbandskassierer Genosse Eifler im Rechenschaftsbericht des Vorstandes hervor, daß die Tarifrevision im Jahre 1916 anscheinend nicht so glatt ablaufen werde wie die letzte im Jahre 1911; suche doch das Unternehmertum die infolge des starken Vordringens der Setzmaschine eingetretene größere Arbeitslosigkeit gegen die Gehilfen auszunutzen; und auf der vorjährigen Generalversammlung sei die Unternehmerhauptorganisation dazu übergegangen, für die nächste Tarifrevision die Ansammlung eines Abwehr- und Streikfonds zu beschließen.

Besonders aber wurde diese Zuspitzung der Lage vom Verbandsvorsitzenden Genossen Döblin unumwunden hervorgehoben. Er betonte, die jetzige Strömung gegen den Tarif sei aus Prinzip von den Scharfmachern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in die Unternehmungskreise im Buchdruckergewerbe hinein-

geleitet. Der »Deutsche Buchdrucker-Verein« habe zwar auf eine Anfrage erwidert, daß er auch ferner wünsche, mit den Gehilfen in Frieden zu leben, er habe aber auch gleichzeitig erklärt, daß er für die nächste Tarifrevision mit verschiedenen Wünschen kommen werde. So weit es beurteilt werden könne, liegen diese »Wünsche« nicht im Interesse der Gehilfen. Auch die »Freie Vereinigung« der Prinzipale in Berlin habe in einem Rundschreiben zwecks Mitgliedererwerbungs erklärt, daß es mit den periodischen Lohnerhöhungen — 1896 = 2½ Proz., 1901 = 7½ Proz., 1906 = 10 Proz. und 1911 = 11 bis 12 Proz. — nicht mehr weiter gehen könne. Bezeichnend für die Strömung im Deutschen Buchdrucker-Verein sei, daß er sogar die Frage ventilirt habe, ob ein Kollektivvertrag mit der Gehilfenorganisation überhaupt noch zu empfehlen sei. Daraus sei zu ersehen, daß die nächste Tarifrevision eine der schwierigsten werden würde, die der Verband je gehabt habe.

Auch andere Redner wiesen auf die Sachlage und auf den Einfluß hin, den die Scharfmacher anderer Gewerbe auf die Buchdruckunternehmer auszuüben beginnen, und Döblin sagte den letzteren im Schlußwort klar und deutlich, daß die Generalversammlung kein Vertrauen mehr zu ihnen haben könne, solange sie ihre Instruktionen aus Kreisen erhalten, die mit dem Gewerbe nichts zu tun haben. In der von Döblin vorgeschlagenen Resolution ist der Standpunkt der Gehilfenschaft gegenüber der vom Scharfmachertum mehr und mehr beeinflussten Prinzipalität ebenfalls klar und scharf zum Ausdruck gebracht. Diese Entwicklung der Sachlage muß eher oder später dem Gedanken des Industrieverbandes auch in den Kreisen der deutschen Buchdrucker den Boden ebnen.

Hinzu kommt die technische Entwicklung, die das Nebeneinanderarbeiten von Buch- und Steindruckern im Betriebe immer enger gestaltet. Auch diese Entwicklung wurde in Danzig gewürdigt. U. a. wies Genosse Massini Berlin darauf hin, daß in den letzten Jahren die Großbetriebe auch im Buchdruckgewerbe erheblich zugenommen haben; die Produktionsmittel auf dem Gebiete der Setz- und Rotationsmaschinen hätten sich erheblich vermehrt und verbessert, womit das Bestreben der Prinzipale Hand in Hand gegangen sei, die Arbeitsleistung der Gehilfen zu steigern und die Löhne zu drücken. Auch im Buchdruckgewerbe steige die Arbeitslosigkeit infolge der technischen Entwicklung immer mehr: bei den Setzern infolge der erweiterten Einführung von Setz- und Zellen-gießmaschinen, bei den Druckern durch vollkommene Maschinensysteme mit hoher Druckleistung, durch mechanische Zurückverfahren und nicht zuletzt durch jetzt auftretende neue Druckverfahren.

Diese fortschreitende Veränderung der Sachlage beseitigt immer mehr jener Hindernisse, die die Buchdrucker zur Begründung ihrer bisherigen Stellungnahme zur Frage des Zusammenschlusses aller graphischen Verbände hauptsächlich ins Treffen führten. Gerade diese tech-

nischen und gewerblichen Entwicklungstendenzen werden auch bei unsern Schwägern von der anderen Fakultät in der Industrieverbandsfrage eine Wandlung zum Bessern eher oder später vorbereiten. Wir haben keine Ursache, sie in dieser Beziehung zu drängen; das besorgt der Fluß der Verhältnisse in wirksamster Weise.

## Rundschau.

**Die Faktoren unter den Fittichen des Schutzverbandes.** In Nr. 25 der „Gr. Pr.“ wurde in einem längeren Beitrage die Pfingsttagung des Deutschen Faktorenbundes einer kritischen Betrachtung unterzogen, die zwar für die genannte Vereinigung nicht besonders schmeichelfhaft war, die aber gerade dadurch die Tatsachen feststellte, wie sie sind. Diese Kennzeichnung hat das Organ des Schutzverbandes veranlaßt, dem armen Faktorenbunde hilfreich beizuspringen und ihm wie folgt die volle Befriedigung des Unternehmertums mit seiner Haltung zu bestätigen: »Daß die Faktoren sich als Vertrauenspersonen der Unternehmer fühlen, paßt zwar nicht in das Programm einer sozialdemokratischen Gewerkschaft, aber es ist erfreulich, daß die Faktoren den Lockungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf diesem Gebiete nicht folgen.« Dieser Ausdruck der allerhöchsten Zufriedenheit des Schutzverbändertums mit seinen Handlangern beim Ausbeutungsgeschäfte wird lindernder Balsam auf die Wunde sein, die gewissen Faktoren durch die Feststellung in dem Artikel der „Gr. Pr.“ zugefügt wurde, daß es schmachlich sei, dem wirtschaftlich Starken Hilfe zu leisten, damit er sich auf Kosten des wirtschaftlich Schwachen bereichere, und daß es die vornehmste und wichtigste Aufgabe nicht nur jedes Vorgesetzten, sondern jedes Menschen überhaupt sein sollte, mit allen Kräften zu verhindern, daß dem Arbeiter vom Unternehmer das Fell über die Ohren gezogen wird. Diese Feststellungen haben gesehen, nicht nur bei gewissen Faktoren, sondern auch beim Schutzverbandsredakteur, der sich stark dadurch getroffen fühlte. Daher sah er sich nicht nur veranlaßt, die braven Faktoren ausdrücklich für ihre treue Handlangerlei bei der skrupellosen Mehrwertschinderei zu loben, sondern er benutzte auch die Gelegenheit, über die bösen »sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer« wieder einmal die ganze Schale seines Zornes auszuschütten. Besonders nimmt es uns das Blatt, das zur Wahrnehmung der Interessen des Ausbeutertums unterhalten wird, schwer übel, daß wir die Gehilfen ständig daran erinnern, »sie müßten es als Ideal ansehen, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen und ihren Fleiß genau der Gegenleistung anzupassen«. Wegen dieses guten Rates wird uns wie folgt der Marsch geblasen: »Ein verständiger Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsredakteur sollte Verständnis dafür haben, daß Unternehmer und Arbeiter an einem Strange ziehen, und sollte dafür sorgen, daß der Ast nicht abge sägt wird, auf dem beide sitzen.« Die Logik ist köstlich! Der Arbeiter soll den Ast absägen, auf dem er nach dem Unternehmerblatt friedlich und schiedlich neben seinem Ausbeuter sitzt, sobald er seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen sucht und sobald er seine Leistung genau der Gegenleistung anpaßt. Mit andern Worten: er sägt den Ast nicht ab, wenn er seine Arbeitskraft recht billig verschleudert, viel mehr leistet, als die Gegenleistung des Unternehmers beträgt, und sich von letzterem widerspruchslos das Fell über die Ohren ziehen läßt! Wir müssen schon darauf verzichten, uns von dem Redakteur eines Unternehmerblattes, der derartige Ideen verzapft, Belehrungen darüber erteilen zu lassen, für was ein Gewerkschaftsredakteur Verständnis haben sollte. Die logischen Purzelbäume, mit denen der Schutzverbandsredakteur bei uns das Verständnis für die Moral des Ausbeutertums zu wecken bemüht ist, werden uns zeitweilig ebenso unverständlich bleiben wie diese Ausbeutermoral selbst.

**Das Schutzverbandsorgan** bringt in derselben Nummer, in der die zitierten Stillschreiben enthalten sind, auch einen Artikel über den Berufsgenossenschaftstag in Breslau, worin in der bei derartigen Unternehmerblättern beliebten Tonart gegen die »unerwünschten Folgen der Sozialpolitik« vom Leder gezogen wird. Dabei wird u. a. gesagt: »Das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit, die Erkenntnis, aus eigenen Mitteln für die Notfälle des Lebens zu sorgen, ist bei einem Teile der deutschen Arbeiter in ganz unerwünschtem Maße zurückgegangen.« Das ist, soweit es sich um unorganisierte Arbeiter handelt, durchaus richtig. Diesen fehlt tatsächlich das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit, das die Organisationsmitglieder veranlaßt, durch die Beiträge zu ihrer Gewerkschaft »aus eigenen Mitteln für die Notfälle des Lebens zu sorgen«. Daß das Unternehmerblatt auf Grund der Erkenntnis, die aus dem zitierten Satze zu sprechen scheint, nun daran mithelfen wird, auch unter den Unorganisierten für die Erwerbung des Gefühls der Selbstverantwortlichkeit zu wirken und sie dafür zu gewinnen, durch den Anschluß an die Organisation ebenfalls »aus eigenen Mitteln für die Notfälle des Lebens zu sorgen«, wagen wir freilich nicht zu erwarten. Diese Wirksamkeit wäre zwar die logische Konsequenz jenes Erkenntnisses

eines lichten Augenblicks, aber diese logische Konsequenz ist eben, wie vorhin gezeigt wurde, grade des Schutzverbandsorgans schwächste Seite; sie geht über seine Kraft.

**Geschäftsergebnisse.** Die Rotophot Akt.-Ges. in Berlin, die mit Wirkung ab 1. Januar 1912 gegründet worden ist, schüttet für ihr erstes Geschäftsjahr auf 1 Mill. Mk. Kapital 15 Proz. Dividende aus, während für die letzten Jahre der früheren G. m. b. H. je 16 Proz. Dividende gezahlt wurden. — Die Firma Carl Ernst & Co., Akt.-Ges., Luxuspapierfabrik in Berlin, die schon seit Jahren keine Dividende mehr zahlen kann, erhöht von Jahr zu Jahr ihre Unterbilanz und kann doch keine Sanierung vornehmen, weil die Verwaltung auch nach einer Sanierung selbst nicht für die nächste Zukunft eine Rentabilität in Aussicht stellen kann. Unter diesen Umständen ist die für dieses Jahr angekündigte Sanierung wieder auf das nächste Jahr verschoben worden. Der Gesamtverlust betrug 1912 65802 Mk. (i. Vori. 120206 Mk.), um den sich die Unterbilanz von 496083 Mk. auf 561885 Mk. erhöht. Im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung u. a. noch mit, daß es ihr gelungen sei, ihren inländischen Umsatz zu erhöhen, während das ausländische Geschäft unter hohen Zöllen und unter dem Balkankrieg litt; ungünstige Momente, die der bessere Geschäftsgang in der Berliner Zentrale nicht aufheben konnte.

**Auf der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914** wird neben einer 200 Jahre alten Haynberger Papiermühle noch ein anderes außerordentlich interessantes Objekt in der großen Gruppe »Papier und Papierbereitung« aufgestellt finden: Eine Nachbildung der ersten Maschine von Robert, die von der Papiermacher-Berufsgenossenschaft Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen für das Deutsche Museum gestiftet werden soll und vorher schon auf der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig ausgestellt werden wird. Die Papiermaschine wird ebenso wie die Papiermühle in Betrieb gezeigt werden können.

**Ein Lehrstuhl für Graphik** ist an der Technischen Hochschule in Wien geschaffen und dem Oberingenieur der Hof- und Staatsdruckerei Dr. Paul Ritter v. Schrott übertragen worden. Die Wiener technische Hochschule dürfte damit die erste sein, die dieses Fach in ihr Vorlesungsprogramm aufgenommen und damit eine zeitgemäße Initiative ergriffen hat.

**August Kaden**, der Reichstagsabgeordnete für Dresden-Neustadt, ein uner müdlicher Kämpfer für die Sache des arbeitenden Volkes, ist am 21. Juni gestorben. Er wurde am 26. September 1850 in Großenhain in Sachsen geboren. Nachdem er aus der Schule entlassen und das Zigarrenmachen erlernt hatte, ging er 1867 auf die Wanderschaft. Um diese Zeit schloß er sich auch der sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein an. Mitglied der Partei und Gewerkschaft sein, hatte zur Folge, daß er auch seine ganze Kraft als Agitator einsetzen mußte. Kadens Fähigkeiten waren nicht gering. Neben dem gesunden Menschenverstand verfügte er über einen köstlichen unverwüßlichen Humor, und er hatte die Gabe, sein Denken und Fühlen in Worten ausdrücken zu können. So wurde er schon in jungen Jahren ein erfolgreicher Redner. Seine Haupttätigkeit wurde Dresden und Umgegend. 1874 hatte er sich in Dresden niedergelassen. Dort wirkte er in Gemeinschaft mit J. Auer, Max Kayser und anderen alten Genossen. Ihre Tätigkeit war so erfolgreich, daß schon 1877 der Wahlkreis für die Arbeiterpartei erobert wurde, dessen Abgeordneter Kaden seit 1898 gewesen ist. Unter dem Sozialistengesetz war er schweren Verfolgungen ausgesetzt. Aber je schlimmer die Verfolgungen wurden, um so mehr war die Kampftaste gestiegen. Kaden hielt auf seinen Posten aus, und als das Sozialistengesetz fiel, wurde Kaden auf dem Parteitag in Halle in die neugebildete Kontrollkommission gewählt. Seit H. Meisters Tode im April 1906 war Kaden Vorsitzender der Kontrollkommission. Seit 1898 ist Kaden ununterbrochen Reichstagsabgeordneter für Dresden-Neustadt. Von 1885 bis 1897 war er Mitglied des sächsischen Landtags, wo er als einer der schlagfertigen Redner der Fraktion wirkte. Kadens Name glänzt in der Geschichte der ruhmreichen Kämpfe des Proletariats. Für alle Zeiten werden die Proletarier in dankbarer Erinnerung derer gedenken, die mit unvergleichlichem Opfermut die Kämpfe siegreich durchgekämpft haben, die gekämpft werden mußten, um die Arbeiter von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

**Betrogene Betrüger.** Der Essener »Arbeiter-Zeitung« ist ein Brief von Arbeitern aus Emden zugegangen, die sich in Essen hatten anwerben lassen, ohne, wie sie schreiben, gewußt zu haben, wohin die Reise ging. Die Leute sind als Streikbrecher im Hafen zu Emden benutzt worden. Es war ihnen ein Tagelohn von 4,50 Mk. bei freier Beköstigung, und pro Überstunde 80 Pf. versprochen worden. Nachdem sie auf »ein Stück Papier« ihren Namen mit Bleistift hätten schreiben müssen, wäre die Reise nach Emden gegangen. Das Essen, das sie auf dem Wohnschiff bekämen, wäre für das Vieh zu schlecht. Als deshalb mehrere Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten, seien ihnen 25 Mk. wegen Kontraktbruchs einbehalten worden und 20 Mk. für Beköstigung. Auf dem Wohnschiff

wimmelte es von Ungeziefer. Die in den Kohlenbunkern arbeitenden Leute hätten kaum Waschgelegenheit. Viele müßten auf Strohsäcken auf dem Fußboden schlafen. Die Behandlung sei unbeschreiblich. Bei der Entnahme von Getränken würden die Arbeiter stark übervorteilt. Leuten, die 65 Mk. Lohngehalt hatten, sei gesagt worden, sie müßten noch 2 Mk. herauszahlen. Der Brief schließt: »Es sind noch Leute hier, darunter Verheiratete, die gerne ihre Freiheit wieder haben möchten, und nur zurückschrecken, weil ihnen das Geld abgezogen wird und sie dann dem Elend weiter preisgegeben sind. Wir bitten also, soviel wie möglich den Zug fernzuhalten.«

**Der »Grundstein«**, das Organ des Bauarbeiterverbandes, faßt das Ergebnis der letzten großen Tarifbewegung im Baugewerbe, die kürzlich ohne Kampf beendet wurde, wie folgt zusammen: Es erhalten 35697 Kollegen 3 Pf., 55442 Kollegen 4 Pf., 94226 Kollegen 5 Pf., 45951 Kollegen 6 Pf., 24684 Kollegen 7 Pf., 10982 Kollegen 8 Pf., 1360 Kollegen 9 Pf., 3362 Kollegen 10 Pf. und 1340 Kollegen 12 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Im ganzen Reihe ergibt sich für 273044 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5,11 Pf. Rund 51000 Kollegen sollen eine Verkürzung der Arbeitszeit erhalten. Daß bei dieser großen Bewegung der Kampf vermieden werden konnte, verdanken die Bauarbeiter vor allem ihrer gut gerüsteten Organisation, die im letzten Jahre 335561 Mitglieder zählte und ein Vermögen von 15600000 Mark, oder 47 Mk. pro Mitglied, hatte.

**Eine Bischofspredigt an Streikende.** Der Bischof von Oxford hatte die seit Ostern streikenden Straßenbahnangestellten der Stadt Oxford zu einer Predigt in seiner Kirche eingeladen. Er sagte in seiner Predigt: »Vor einiger Zeit bildeten die Mitglieder des akademischen Senats einen Ausschuß der moralischen Zeugen. Der Ausschuß, dem ich angehöre, kam zu dem Entschelde, daß das wahre Prinzip unserer Religion, wie es im Alten Testament enthalten ist, darin besteht, daß die anständige Bezahlung der Arbeit die erste Belastung der Industrie sein muß. Es ist eine Lüge, zu sagen, daß unsre Religion mit diesen Dingen nichts zu tun hat. Gib es Menschen hier, die unterbezahlt werden? Gibt es Heime, wo die Menschen an ihren Löhnen nicht genug haben, um sich anständig ernähren und kleiden zu können? Gibt es Heime, wo die Löhne der Männer dadurch ergänzt werden müssen, daß die Frauen zur Arbeit gehen, wenn sie die Kinder erziehen sollten? Wenn solche Dinge vorkommen, liegt es im Interesse und ist es das Geschäft der ganzen Gemeinde und der Kirche, sich darum zu kümmern, die Ursache zu erfahren und danach zu trachten, daß Abhilfe geschaffen wird. Keine Bewegung in diesem Lande hat im letzten halben Jahrhundert mehr Gutes getan als die Gewerkschaftsbewegung, und im Namen Christi sollten wir jedermann auffordern, uns zu beweißen, daß es nicht im Geiste Christi ist, daß die Menschen zueinander halten. Ich fordere euch auf, der Bewegung treu zu bleiben und sie zu stärken.« Dem wäre nur noch hinzuzufügen, daß es bekanntlich in England keine christlichen Gewerkschaften gibt, infolgedessen die bischöflichen Worte nur für die freie Gewerkschaftsbewegung gelten können.

### Aus dem Auslande.

**Brasilien.** Der »Deutsche Graphische Verband« in Brasilien gibt jetzt auch unter dem Titel »Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Brasilien« ein eigenes Organ heraus, das in Sao Paulo erscheint. Die uns vorliegende Nr. 2 von Mai 1913 umfaßt 6 Oktavseiten und enthält außer den Bekanntmachungen des Vorstandes, kleinen Nachrichten aus unserm internationalen Bulletin und dem aus der »Gr. Pr.« übernommenen Artikel »Ein glänzendes Angebot« hauptsächlich eine Abhandlung über den Streik in Corityba. Daraus geht hervor, daß der erste Kampf, den unser junger brasilianischer Bruderverband zu führen hatte, nach einer Dauer von knapp einer Woche mit einem vollen Erfolge für die Kollegen beendet wurde. Die Arbeitszeit in der in Frage kommenden Firma *Empressora paraense, Föld, Schrappe & Co. in Corityba* wurde von 9 auf 8 $\frac{1}{2}$  Stunden verkürzt und der Mindestlohn für Lithographen und Steindruckler, der bis dahin 160 Millireis monatlich betragen hatte, wurde auf 250 Millireis festgesetzt. Wir beglückwünschen unsern brasilianischen Bruderverband zu diesem schönen Erfolge, und indem wir sein Blatt als neuen Kampfgenosse begrüßen, hoffen wir, daß es noch oft in der Lage sein möchte, über ähnliche Errungenschaften des Verbandes zu berichten.

**Belgien.** Für die belgischen Gewerkschaften war das Jahr 1912 ein Jahr reger Entwicklung und Neugesaltung. Seit einigen Jahren haben sich eine Reihe belgischer Gewerkschafter bemüht, ihren Organisationen die Lehren und Anregungen der Bewegung im Auslande zu vermitteln. Besonders Studienreisen von Gewerkschaftsfunktionären wurden zu diesem Zwecke, z. B. nach Berlin, veranstaltet, desgleichen gewerkschaftliche Vorträge deutscher und französischer Gewerkschafter, die in verschiedenen größeren Orten Belgiens stattfanden. Diese und andere Vorarbeiten haben auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung schon erfreuliche Früchte gezeitigt. Das läßt sich auf den ersten Blick auch bei den Gewerkschaften konstatieren. Allein im letzten Jahre haben sich in 7 Berufen bezw.



Industriezweigen die bisher nur lose föderierten Gewerkschaften zu Zentralverbänden zusammengeschlossen, die hohe Beiträge für Kampf- und ausgedehnte Unterstützungszwecke erstreben. Mit Stolz weist der Bericht der Gewerkschaftskommission darauf hin, daß nur noch fünf Föderationen übrig bleiben, die den Schritt zur Zentralisation noch nicht getan haben. Die Arbeit der freien Gewerkschaften, welche der Arbeiterpartei bzw. der Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, wird unheimlich gehemmt durch die gelben sog. »christlichen« Gewerkschaften, die nach deutschem Muster von katholischen Geistlichen im Bunde mit Unternehmern ins Leben gerufen sind und die sich jeder obrigkeitlichen Protektion erfreuen. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften von 67553 im Jahre 1908 bzw. 68844 im Jahre 1910 auf 116082 im Jahre 1912. Am Jahresluß 1912 betrug die Mitgliederzahl sogar 131000. Von 21 angeschlossenen Verbänden berichten 18, daß ihre Jahreseinnahme zusammen 2422500 Fr., ihre Ausgabe 1703830 Fr., ihr Kassenbestand 1498140 Fr. betrug. Einen erfreulichen Aufschwung zeigt die Gewerkschaftspresse. Acht Gewerkschaften veröffentlichten offizielle Organe in französischer Sprache, davon 2 halbmonatlich, 5 monatlich und 1 wöchentlich; 10 haben solche in flämischer Sprache, wovon 1 wöchentlich, 2 halbmonatlich und 7 monatlich erscheinen; 10 andere Organisationen besitzen Monatsblätter in beiden Sprachen, während das Monatsorgan der Seeleute gar vier Sprachen, französisch, flämisch, deutsch und englisch aufweist. Angestellte Beamte zählen die freien Gewerkschaften jetzt 101.

**Norwegen.** Der Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Norwegens ergibt für das verflossene Jahr eine Mitgliederzunahme von 7714, so daß die Mitgliederzahl jetzt 60828 beträgt. Für Arbeitslosenunterstützung sind von 14 Zentralverbänden 148130 Kronen ausgezahlt worden. Die übrigen 11 Zentralverbände haben diese Unterstützungsform noch nicht eingeführt. Den höchsten Betrag für diese Zwecke zahlte die Metallarbeiter mit 74449 Kronen, sodann die Holzarbeiter mit 24686 Kronen und die Buchdrucker mit 13876 Kronen. An Krankenunterstützung zahlten 12 Verbände insgesamt 483590 Kronen. Auch hier stehen die Metallarbeiter an der Spitze mit 313899 Kronen; darauf folgen die Buchdrucker mit 68126 Kronen, die Holzarbeiter mit 19691 Kronen, die Modellfischer mit 13360 Kronen usw. Für Streiks und Aussparungen wurden an Unterstützungen 469941 Kronen ausgezahlt, wozu 46799 Kronen andere Ausgaben kommen. An Sterbegeld und für andere Versicherungsleistungen sind 131043 Kronen verausgabt worden und für Invalidenunterstützung usw. 12038 Kronen. Die Gesamtausgaben betragen 1611774 Kronen. Dieser Ausgabesumme steht ein Einnahmeposten von 2002314 Kronen gegenüber. Das Vermögen der Gewerkschaften stieg im Berichtsjahre von 1,3 auf 1,7 Millionen.

**Vereinigte Staaten.** Das Bureau für Arbeiterstatistik zu Washington hat vor einiger Zeit eine umfangreiche statistische Untersuchung über die Kleinhandelspreise in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Man hat bis zum Jahre 1890 zurückgegriffen. Dabei ist ermittelt worden, daß die Kosten für den Lebensunterhalt 1896 am niedrigsten waren, während sie im letzten Halbjahr 1912, seit 23 Jahren, am höchsten standen. Im Anfang der neunziger Jahre sind zwischen den einzelnen Ländern noch bedeutende Unterschiede zu verzeichnen. So stellt sich z. B. die Lebenshaltung 1890 in den nordatlantischen Staaten auf 319 Dollar. (1 Dollar = 4,20 Mk.). In den südlichen Mittelstaaten dagegen sind die Kosten der Lebenshaltung um 50 Dollar niedriger. Diese Unterschiede werden aber im Laufe der Jahre mehr und mehr beseitigt. 1912 finden wir nur einen Unterschied von 37 Dollar. Die durchschnittlichen Unterhaltungskosten für eine Arbeiterfamilie betragen in den nordatlantischen Staaten 1890 319 Dollar, 1896 300 Dollar, 1912 466 Dollar; das ist an den Kosten von 1896 gemessen eine Steigerung um 166 Dollar, über die Hälfte. Niedriger waren die Kosten in den südatlantischen Staaten. Hier bezifferten sie sich 1890 auf 274 Dollar, 1896 verringerten sie sich auf 265 Dollar, 1912 hatten sie die gewaltige Steigerung um 198 Dollar und betragen 463 Dollar. Die nördlichen Mittelstaaten: 1890 299 Dollar, 1896 276 Dollar, 1912 463 Dollar; gegen 1896 eine Zunahme um 187 Dollar. Die südlichen Mittelstaaten: 1890 269 Dollar, 1896 255 Dollar, 1912 441 Dollar; Steigerung gegen 1896 186 Dollar. In den westlichen Staaten wurden folgende Ziffern ermittelt: 1890 309 Dollar, 1896 277 Dollar, 1912 429 Dollar. — Es wäre interessant wenn man eine Statistik über die Entwicklung der Arbeitslöhne zur Hand hätte, um daran ersehen zu können, ob diese auch um mehr als 50 Proz. gestiegen sind. — Es sei gestattet, hier eine andere statistische Untersuchung anzugleichen. Der Bundesstaat hatte 1910 eine Untersuchung über die Lage der Stahltrust-Arbeiter angeordnet. Die Ergebnisse sind jetzt veröffentlicht worden. Dabei wurde festgestellt, daß die Sklaven des Stahltrustes unter den elendesten Zuständen arbeiten. Da 57 Proz. Ausländer aus den verschiedensten Staaten mit beschäftigt sind, ist es furchtbar schwer, Organisationen zu gründen, um den »Reichen Räubern« ein Paroli zu bieten. Unter den furchtbaren Zuständen, die durch die Untersuchung der Öffentlichkeit bekannt wurden, bildet die Länge der Arbeitszeit die furchtbarste Anklage.

In den Stahlwerken sind noch 15 Proz. Arbeiter vorhanden, die pro Woche 7 Tage arbeiten müssen; bei den Hochofenarbeitern sind 50 Proz. 7 Tage in der Woche beschäftigt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt fast allgemein 12 Stunden. Und für 365 Tage haben die Hochofenarbeiter etwa 700 Dollar Lohn. Von den Eisen- und Stahlarbeitern verdienten nur 56 Proz. etwa 600 Dollar im Jahre 1910 zu verdienen. Da ist es aber notwendig, daß sie jeden Tag beschäftigt werden, was nur sehr selten der Fall ist. Nur ein Sechstel aller Arbeiter verdiente 900 Dollar im Jahr. Man kann hier ersehen, wie ungeheuerlich der Raubbau mit der Ware Arbeitskraft getrieben wird und wie verwüstend das Trustkapital am Marke des Volkes zehrt.

## Deutsche Gewerkschaften auf der Leipziger Baufachausstellung.

Am bedeutungsvollsten für die Bauarbeiter und den Bauarbeiterschutz und am augenfälligsten auch für den Laien sind die Gerüste eines Baues. Zwar sind die Gerüstarten in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden, aber in allen Landesteilen besteht Einheitlichkeit darin, daß die Gerüste an den Bauten nur allzu häufig mangelhaft sind; oft wird nicht einmal den bestehenden Schutzvorschriften Rechnung getragen und wirklich gute Gerüste bilden nicht etwa die Regel, sondern die Ausnahme.

An dem Bau der Gewerkschaften auf der Internationalen Baufachausstellung wird gezeigt, wie die Baugerüste beschaffen sein müssen, um nach jeder Richtung hin Sicherheit für die Arbeiter zu schaffen, um Unfälle überhaupt zu vermeiden, oder, soweit sie unvermeidlich sind, ihre Folgen wesentlich zu mildern. Man hat es daher am Gewerkschaftsbau in der Tat mit Mustergerüsten zu tun.

Da ist in erster Linie Guter darauf gelegt worden, daß die Haupttrübbalken, auf denen in der Hauptsache die einzelnen Gerüste ruhen, so beschaffen sind, daß ein Brechen oder Spalten des Stammes so gut wie ausgeschlossen erscheint. Es ist schwedisches Holz hierzu verwendet. Die Stämme sind nicht mittels der Säge, sondern durch Behauen vierkantig gemacht worden. Das Letztere soll den Vorteil haben, daß dadurch die Adern des Holzes berücksichtigt werden können, während die Säge, unbekümmert hierum, ihren Weg in gerader Richtung nimmt, dabei Holzadern durchschneidet, was nicht ausschließt, daß sich ein auf diese Weise zugedichteter Stamm spalten und splittern kann. Und das soll in erster Linie verhütet werden. Dann sind, um das Gerüst so fest wie möglich herzurichten, diese Hauptbalken (Aufrichter) je zu zweien, und zwar ein längerer und ein kürzerer, nebeneinander einen Meter tief in den Erdboden eingegraben und auf den in der Erde ruhenden Querbalken aufgesetzt worden. Auf das obere Ende des kürzeren Stammes und angelehnt an den längeren ist der nächsthöchste Rüststamm aufgesetzt, und dann sind die einzelnen Rüstteile weder mit Klammern noch mit Stricken, sondern mit schmiedeeisernen Nägeln zusammengefügt. So folgen nun zwischen diesen Hauptstämmen und dem aufzurichtenden Mauerwerk von Etage zu Etage die einzelnen Arbeits- und Schutzgerüste, und zwar ist das letzte Gerüst, am Turm des Hauses, in einer Höhe von 21 m errichtet.

Wir finden da durchweg feste und in jeder Beziehung tragfähige Gerüste für den Maurer, wenn er Stein an Stein fügt, darüber überall gut abgedeckte, mit hoher, sicherer Brüstung versehene Schutz- und Fanggerüste, um, wenn doch hier und da ein Fehltritt erfolgen sollte, den Absturz in die Tiefe auf jeden Fall zu vermeiden, aber auch, um am Bau Vorrübergehende vor herabfallendem Material zu schützen. Bei den in die einzelnen Etagen führenden Leitern sind die Sprossen in die Langhölzer (Leiterbäume) eingelassen und mit geschmiedeten (schwedisches) Nägeln, befestigt; meist sind die Leitern unterhalb verschalt, um das Durchfallen von Baumaterial zu verhüten, und zu größeren Sicherheit sind sie mit Laufstangen versehen. Ein mit elektrischem Antrieb versehener Materialaufzug führt schnell, sicher und bequem das notwendige Material von Etage zu Etage, und wo an anderer Stelle das Material mit Handwänden emporgeholt wird, da sind ebenfalls die weitestgehenden Schutzvorrichtungen getroffen worden.

Schutz und Sicherheit, wie für die Maurer und Zimmerer, ist auch für die übrigen Bauarbeiter vorgesehen. Ein großes Leitergerüst zeigt, wie es ohne große Schwierigkeiten möglich ist, die Leiter auf der Baustelle vor Unfallgefahren zu schützen. Ähnliches deuten, für jeden leicht verständlich, die Schutzgerüste der Glaser, Dachdecker und Klempner an, die an einzelnen Fenstern und auf dem Dache angebracht worden sind. Und weiter wird an einem Beispiele gezeigt, wie man bei Tiefbauten und Ausschachtungsarbeiten die Arbeiter wirksam davor schützen kann, von hereinbrechendem Erdreich verletzt oder verschüttet zu werden.

Eine Ergänzung dieses Teiles der gewerkschaftlichen Sonderausstellung bilden verschiedene Darstellungen in den Innenräumen des Gebäudes. Da sind zahlreiche Photographien von den betreffenden Bauarbeiterverbänden ausgehängt worden, die recht wirksam zeigen, wie an Bauten aller Art in

der unverantwortlichsten Weise alle Schutzmaßnahmen außer acht gelassen werden, wie die Schutzvorrichtungen äußerst mangelhaft sind und oft ganz fehlen. Zustände, die außerordentlich geeignet sind, furchtbare Katastrophen herbeizuführen und Menschenleben zu fordern.

Gerüste für Innenbauten werden in einem besonderen Raume gezeigt. So verschiedene Steigergerüste für Ofensetzer, die wesentlich von dem abzuweichen, was sonst an Gerüsten, Böcken und Leitern in diesem Berufe üblich ist. Ferner mehrere Arten von Leitergerüsten (Zimmergerüste und Saalgerüste für Maler), Putz- und Stukkateurgerüste, Putzgerüste für Maurer usw.

Ein anderer Raum birgt die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerkschaften, der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Unfallverhütungsvorschriften für die Baugewerksbetriebe der Kaiserlichen Marine, Verordnungen über den Schutz der Bauarbeiter und die Überwachung der Bauten, Dienstinstruktion für Baukontrolleure der Lokalkommission München, Anleitungen für die erste Hilfe bei Unfällen und ähnliches. Diese Vorschriften und Verordnungen der Berufsgenossenschaften sind gewiß sehr interessant, nur schade, daß sie in Praxis nur auf dem Papier stehen; würden sie überall korrekt durchgeführt, sie würden die jetzt bestehenden unhaltbaren Zustände wesentlich ändern und die Klagen der Bauarbeiter über mangelhaften Bauarbeiterschutz würden wesentlich herabgemindert.

Daß mit der korrekten Durchführung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften freilich noch lange nicht alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter erledigt sind, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Es gibt in dieser Beziehung im Baugewerbe noch außerordentlich viel zu tun, das beständigen die im gleichen Raume ausgehängten graphischen Darstellungen über die Unfall- und Krankheitsgefahr der Bauarbeiter. Während im Jahre 1911 im Durchschnitt bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 1000 Vollarbeiter 8,18 erstmalig entschädigte Unfallverletzte und 0,68 tödlich Verletzte kommen, haben die Bauberufsgenossenschaften allein 10,24 erstmalig entschädigte Unfallverletzte und 0,85 tödlich Verletzte aufzuweisen. Das sagt deutlich genug, daß die höhere Unfallgefahr im Baugewerbe auch einen höheren Schutz erfordert.

Die Bauarbeiter bedürfen aber nicht nur eines größeren Schutzes direkt bei der Arbeit. Auch die Aufenthaltsräume, Baubuden und Aborte befinden sich sehr häufig in einem Zustande, der es den Bauarbeitern unmöglich macht, sich als Menschen fühlen zu können. Hier auf der Ausstellung haben die Gewerkschaften gezeigt, wie solche Einrichtungen beschaffen sein müssen, und wie das ohne große Kosten und Schwierigkeiten durchzuführen ist. Da ist zunächst die Baubude zu nennen, eine einfache, aber äußerlich wie innerlich auffallend sauber gehaltene Bretterbude. Sie ist eingeteilt in einen größeren Aufenthaltsraum, der mit Bänken und Tischen, mit Ofen und Spucknapfen und mit Vorrichtungen zum Aufhängen nasser Kleidungsstücke versehen ist. Ein anderer Teil der Bude ist zur Küche hergerichtet und mit Koch- und Wärmeleistungen hinreichend ausgerüstet, während der dritte Raum als Wasch- und Sanitätsraum dient, mit wertvollen Wascheinrichtungen, Verbandsmaterial und ähnliches enthält. In den einzelnen Räumen verteilt stehen eine größere Anzahl eiserner Garderobeschränke, in denen die Arbeiter ihre Kleidungsstücke sauber und sicher aufbewahrt wissen. Um auch für den Winter ausreichend Schutz gegen die Kälte zu schaffen, weist die Baubude doppelte Wände auf und der dazwischen liegende Hohlraum ist mit Torfmull angefüllt. Die ganze Baubude kostet rund 1500 Mk. Sie ist gut für 10 Bauten zu verwenden, sodaß auf einen Bau etwa 150 Mk. Kosten für die Baubude entfallen. Man wird diesen Betrag gewiß nicht für so hoch halten, daß die Bauunternehmer nicht den selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen könnten und die Arbeiter nach wie vor in elenden Löhern, die zumeist nicht einmal den bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen entsprechen, teilweise sogar mit allerhand Material, Handwerkzeug etc. angefüllt sind, hausen lassen müßten. Natürlich verlangen die Bauarbeiter die Geräte- und Materialbude von der zum Aufenthalt von Menschen dienenden Baubude völlig abgesondert, wie sie das auch auf der Ausstellung zur Darstellung bringen.

Die Abortverhältnisse auf den Bauten sind fast durchgängig tief beklagenswert. Abortanlagen, wie die der Gewerkschaften auf der Internationalen Baufachausstellung, sind bei Bauten selten oder wohl überhaupt nicht vorhanden. Und doch ist nicht einzusehen, weshalb dem Bauarbeiter vorenthalten werden soll, was man vom hygienischen wie vom sittlichen Standpunkt jedem anderen Menschen heutzutage zubilligen muß. Die Abortanlage, die die Gewerkschaften ausstellen, ist wie die Baubude für den Transport zerlegbar, sie ist geräumig und gut durchlüftet. Vor allem aber ist Wert darauf gelegt, daß die Klosettstets in reinlichem Zustande erhalten werden. Es handelt sich auch in diesem Falle um Musteranrichtungen und es wird schwer sein, zu behaupten, daß Bauunternehmer nicht gleiche oder ähnliche Einrichtungen zu treffen in der Lage wären.



Noch wesentlich billiger, weil den kleingewerblichen Verhältnissen mehr angepaßt, ist die Beschaffung einer Baubude, wie sie der Verband der Steinsetzer, Pflasterer usw. an der gleichen Stelle ausgestellt hat. Die Bude, die übrigens schon auf der Weltausstellung in Brüssel ausgestellt war und dort eine höhere Auszeichnung bekommen hat, ist fahrbar, um sie jederzeit an der Arbeitsstelle zu haben, wo sich die Arbeiter befinden. Ein fahrbarer Abortwagen mit im Innern hygienisch einwandfreier Abortanlage vervollständigt die Ausstattung des Steinsetzerverbandes. Schließlich ist auch noch eine Arbeitsbude für Steinsetzen errichtet worden, hoch, luftig und mit geeigneter Ventilation versehen, um die Staubgefahr leichter zu beseitigen, ohne die Arbeiter der Zugluft auszusetzen.

An den hier geschilderten Einrichtungen wird gezeigt, wie die Dinge sein sollen. Im Innern des Gebäudes zeigen dieselben Verbände und verschiedene Arbeiterschutzkommissionen an zahlreich für sich selbst sprechenden Photographien, wie die Dinge gegenwärtig noch im Baugewerbe liegen, wie enge, dunkle und schmutzige Winkel den Bauarbeitern als Unterkunftsräume dienen, wie die Abortanlagen zuweilen nicht den geringsten hygienischen Anforderungen entsprechen. Ein Vergleich zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, läßt die gewaltigen Unterschiede erkennen und muß jedem, der nicht von blindem Haß gegen die Arbeiter erfüllt ist, deren Forderungen als verständlich und voll berechtigt erscheinen lassen.

## Wirtschaftliche und soziale Gesellschaftsentwicklung.

Die Erklärung des wirtschaftlichen Geschehens in seinen Ursachen und Wirkungen, seinen Wechselbeziehungen und Zusammenhängen ergibt sich für uns aus der Erkenntnis der fortschreitenden Arbeits- und Produktionskräfte, aus denen die Staats-, Rechts-, Moral- und Gesellschaftsformen herauswachsen bzw. herauswachsen sollten. Trotz dieser bekannten und für jeden Einsichtigen klaren und offenkundigen wirtschaftlichen Tatsachenerkenntnisse sind Wirtschaftswissenschaftler bürgerlich-konservativer Observanz in ihren Lehrstudien und -Meinungen noch in den alten abgetreten Theorien und Systemen der Wirtschafts- und politischen Ökonomieanschauungen befangen und schlußfolgern — natürlich völlig wissenschaftlich »vurteilstreu« und »voraussetzungslos« — aus allen möglichen und unmöglichen, menschlichen und unmenschlichen, sächlichen und unsächlichen Teiluntersuchungen und Unterschiebungen auf die jeweiligen vor- oder jetztzeitlichen Ursachenwirkungen in der Gestaltung der äußeren Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsbildung, deren Einzel-Entwicklungen sie wöglich geseondert und zusammenhanglos darzustellen versuchen. Daß eine solche mehr oder weniger beabsichtigte oder unbeabsichtigte Wirtschaftstatsachenverkennung oder -Verdrehung bei diesen Forschern — wiederum bewußt oder unbewußt — instinktiv zum Zwecke der Rechtfertigung und Moralisierung vergangener und heutiger agrar- und industriekapitalistischer Produktionsausnützung zugunsten ihrer engherzigen Sonderinteressen gebildet wird, ist selbstverständlich. Sie richten ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsauslegung ganz darauf ein, indem sie z. B. behaupten, daß der historisch-wirtschaftsfortschrittliche Antrieb allein dem Kampf der Individuen untereinander zu danken und der heutige hohe Stand aller Produktion und Wirtschaft dem Drang einzelner hervorragender intelligenter Individuen nach steter wirtschafts-materieller Verbesserung (gemeint ist jedenfalls die Verbesserung höchstmöglicher Dividenden) entsprungen sei. Auch die Gesellschaft erkläre sich als das Werk hervorragender Individuen. Aus solchen einseitigen Beweisführungen soll wohl als selbstverständlich, natürlich und rechtsmoralisch der Kampf aller gegen alle, das Recht des Stärkeren und in Konsequenz dieser Grundsätze die bestehende Eigentums- und Gesellschaftsordnung wie in früherer, so in jetziger und aller zukünftigen Zeit festgelegt sein. Daß eine künftige Zeit entgegen den individuell-egoistischen Motiven aus allgemein menschlichen, aus höheren sozial-gesellschaftlichen, also dem Gemeinwohl, der Menschheit dienenden Beweggründen handeln wird, das vermögen solche mit ihrem Klassenurteil und den bürgerlich-kapitalistischen Scheuklappen versehenen »Wissenschaftler« nicht zu begreifen. In ihren Kreisen glaubt man unwiderruflich an jene dem Menschen innewohnende und ihm verbleibende Egoismus-Eigenschaft und schwört stief und fest darauf. Von der wirtschafts-materiellen »Verbesserung« seiner eigenen Person ist man überzeugt, hofft aber rein gar nichts von einer inneren Besserung der Individuen, von der Menschheit überhaupt. Diese Leute müssen sich ja kennen. Wie tief mag ihnen noch jenes schlimme Charaktermerkmal im Fleische sitzen?

In letzter Zeit wird von ihnen viel von der verschiedenartigsten Bedeutung des Kapitalfaktors gesprochen als eines wirtschafts- und kulturfördernden Universalmittels allseitigster Richtung. Von den angewendeten »Förderungsmethoden« schlimmerer Wendung dieses »Faktors«, d. h. den von der planlosen Überproduktion hervorgerufenen Wirtschaftskrisen und deren sozialen Folgen für die Arbeiter, braucht man ja in dieser Sphäre keine Kenntnis zu

nehmen. Auf dieser Art strenger »Wissenschaftlichkeit« fußt dann auch das ganze Lehrgebäude derer, die vom grünen Tisch aus Soziologie treiben. Die ganze Welt- und Lebensanschauung manchesterlicher und manchester-liberaler Windrichtung hat darum in unserer Zeit im gesamten Wirtschaftsleben noch viel zu viel Geltung.

Nun stehen aber andere, bürgerlich-fortschrittliche Wirtschaftswissenschaftler auf dem unsrer Anschauung etwas näher liegenden Standpunkt der Betrachtung und Erklärung der wirtschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge. Sie bekennen sich zu der Ansicht der direkten gegenseitigen Einwirkung zwischen der Produktions- und Wirtschaftsform und der daraus folgenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie vertreten auch die Meinung, daß sich die menschlichen Lebensformen materieller wie geistiger Art im steten Umbildungsprozeß befinden, dem Gesetz der Anpassung und gegenseitigen Einwirkung folgend, und sie geben endlich zu, daß sich in späterer Zeit die privatkapitalistische Güterproduktion zum Teil in etwaige Staats- oder Gesellschaftsregie neugestalten lasse und aus der heutigen Ordnung eine neue, bessere herausdestilliere. Freilich, sagen sie, brauche man dabei nicht an einen bestimmt umrissenen, vorausprophetischen »Zukunftsstaat« zu denken, in dem alles restlos zur lähmenden Zufriedenheit aller Erdenbürger ausfallen werde. Auch eine spätere bessere Ordnung könne nicht die höchstgestufte bleibende Krönung alles Menschenwerks sein, sondern sie unterliege wie die vorhergehenden dem Prinzip der Wandlung und Umgestaltung aus den ganz gleichen Ursachen, die die Stetigkeit und Steigerung aller Entwicklung unserer gesamten Lebens- und Gesellschaftskultur bedingen. Aus den gegenseitigen Wechselwirkungen sowohl aller materiellen wie geistigen Entwicklungskräfte gestaltet sich das Ganze.

In dieser Anschauung mag vieles mit unsrer Erkenntnis übereinstimmen, abgesehen von den aus Unkenntnis, Mißverständnis oder einer ergötlichen Nalvität sich ergebenden Betrachtungen. Mit einer gewissen Ironie wird auf den Entwicklungsstillstand jenes endlichen Zieles (des »Zukunftsstaates«) hingewiesen, das bei »jedweder Erfüllung aller Herzenswünsche« — was natürlich nicht nur gegnerischerseits, sondern auch uns als völlig ausgeschlossen erscheint — lähme, im Gegensatz zu dem unendlichen Ziele, das in der Idee verbleibe, mit der Entwicklung fortschritte und stets anspornendes Ideal bleibe. Die guten Leute merken nicht, daß auch der geschmähte »Zukunftsstaat« realpolitisch — zeitmöglich — und geistig idealologisch aufzufassen ist: er vereinigt beides, sowohl das Endliche des zeitlich Erreichbaren auf Grund des jeweiligen Produktions- und Wirtschaftsstandes, als auch das Unendliche der Idee und des Ideals, indem gerade er bei seiner »endlichen« Erfüllung die fernere Entwicklung alles materiellen und geistig-kulturellen Gesellschaftsfortschritts garantiert. Die Erklärung der Gesellschaftsgestaltung als aus materiellem und geistigem Einfluß herzuleiten reizt uns hier allerdings zur Zustimmung und zwar in einer die heutigen Zustände recht charakterisierenden Weise. Wir sagen, gerade die reaktionär-geistigen, wirtschaftszusammenhanglosen Richtungen der oben angeführten wirtschaftswissenschaftlichen Darstellungen und Auslegungen sind es ja, die in Wirklichkeit einen möglichen besseren organischen Zusammenhang zwischen den heutigen fortgeschrittenen Produktions- und Wirtschaftsmitteln und der Staats- und Gesellschaftsgestaltung (und zwar letztere aus ersterer folgend) mit verhindern. Und daß sie es verhindern, indem sie den Wirtschaftsgewinn der allein nutznießenden Klasse vorbehalten, so daß die Auswirkung und der natürliche Ausgleich der materiellen Lebensgüter auf die bessere Verteilung für das Gemeinwohl hintangehalten wird — gerade dies beweist die ganze zusammenhangslosigkeits- und Unhaltbarkeit der heutigen Regieführung, die trotz der angeblichen moralisch-rechtlichen Verlässlichkeit und der Richtigkeit der gegenwärtigen Lage als aus der wirtschaftlichen und geistigen Ursachenwirkung hervorgehend, in Wirklichkeit nur jene Dogmen ad absurdum führt und zugleich das Unwahrscheinliche und Lügnerische ihrer Verteidiger bloßstellt. In ihrer Wirkung bleiben sich also die vielen philosophischen, sozialphilosophischen, biologischen, rassenpsychologischen Betrachtungen der Durchschnittswissenschaftler ziemlich gleich: sie verdecken meist das Hauptaugenmerk vor dem Faktum der offenen Tatsachen im Wirtschafts- und politischen Ökonomiebetriebe, denn ihre Lehren beruhen nicht auf wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit, sind nicht untergeordnete Mittel zur wirtschaftlichen Forschung, sondern bedeuten zumelst Selbstzweck, fast könnte man glauben, Mittel zur Klarstellung des Hegelschen Grundsatzes, wonach alles, was besteht, zu recht bestehen soll.

Eine ungleich höhere und ethische Welt- und Lebensanschauung ist es darum, den Maßstab der wirtschaftlichen wie überhaupt aller Fortschrittlichkeit nach der Wirkung auf die Volks-Gesamtheit, der Menschheitsgestaltung und -Gesittung, frei von egoistisch-räuberischen Instinkten der Einzelindividuen, zu nehmen. Das Streben und die Betätigung nach höherem Glücksbedürfnis bei der Gesamtheit für die Gesamtheit, als alleinige Triebkraft des wirtschaftlichen Emporschwunges wie als alleiniger geistiger Antrieb einer edlen Menschlichkeit, kann nur in diesem Sinn als eines Kulturvolkes würdig dem Individualitätsziel des Einzelmenschen

erstrebenswert sein. Nur darauf können alle vorhandenen Triebenergien zur höheren Stufe auf dem Wege der Erziehung des Menschengeschlechts in Entfaltung treten, kann der Gang der Entwicklung selbst in allen menschlich-gesellschaftlichen wie geistigen Beziehungen notwendigerweise ethischer Natur sein. Die Förderung des Produktions- und Wirtschaftsganges durch den Kapitalismus kann in allen seinen jetzigen und künftigen »humanen« Stadien und Formen nicht an die sittliche Höhe und wirtschaftliche Bedeutung jenes Kollektivwilles zur Wirtschaftsförderung und damit Steigerung des Kollektivglücks heranreichen. Die auf jener Seite beliebte Verteidigung und volle Anerkennung der Notwendigkeit des Privatkapitals zu ausschließlich privatspekulativen Zwecken in den Produktions- und Wirtschaftsbetrieben ist darum, gelinde gesagt, Sophisterei, wenn es in extremen Fällen nicht als direkte Volks- und Kulturfeindschaft angesprochen zu werden verdient.

Well wir Arbeiter uns zum Wirtschaftsgeschehen in ein direktes positives Verhältnis setzen, well wir in unmittelbarer Berührung mit den schlechten wirtschafts-sozialen Verhältnissen und unter dem Druck der privatkapitalistischen Wirtschafts- und dem Zwang der politischen Ökonomiekräfte leiden, deren daraus hervorgehenden »gottgewollten Abhängigkeiten« wir am deutlichsten verspüren, so haben wir auch unsre Realerkenntnis aus dieser Praxis gewonnen, die entgegen jener grauen Gelehrtenstuben-Erkenntnis den grünen Baum des Lebens zur Grundlage hat. Aus dieser unsrer praktisch-realen erfüllten und idealgeistig erkannten Nachweisbarkeit unsrer Auffassung ist es uns möglich, gleichsam den gesichtsblendenden Kern alles Wirtschaftsgeschehens aus dem Wust der falschen Vorstellungen herauszuschälen. Die Tendenz der Arbeitstellung im Kleinen, d. h. der bestmöglichen Produktion innerhalb der Gewerbe, wie der im Großen, der Weltarbeitstellung, ist der Inhalt der unaufhörlichen Wirtschafts- und Lebenssteigerung, die notwendigerweise zum freien ungehinderten Verkehr der Gebrauchsgüter führen muß. Die in stetig aufsteigender Linie sich bewegende Wirtschaftsrichtung muß ihr Ziel in einer gleichstarken Förderung aller allgemein menschlichen und kosmopolitisch-kulturellen Bestrebungen, Kräfte und Wirkungen, als der sichersten Aussicht einer bestmöglichen Lösung der sozialen Frage, finden. Nur auf der Grundlage der bestorganisierten Produktion und Wirtschaftlichkeit und dem Prinzip der Verwendung ihrer Erragnisse für das Gemeinwohl erwächst auch die geistige und ethische Höherentwicklung, der Wille zur Vollmenschheit, der die Zerfahrenheit und Anarchie der wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Zustände zur organischen Einheit und Kultursynthese zwingen muß.

Dieses Gesetz der Menschheitsentwicklung war schon in der Gedankenwelt unserer größten Dichter und Denker lebendig, in seiner Schrift zur Erziehung des Menschengeschlechts fragt Lessing: »Oder soll das menschliche Geschlecht auf die höchste Stufe der Aufklärung und der Reinheit nie kommen?« Und er bejaht diese Frage in dem sichern Glauben an die immer höher emporführende Bahn zur Menschheitsgestaltung, die ihm als der tiefere Sinn alles Weltgeschehens erscheint. Ohne utopisch-wirtschaftspolitische Metaphysik zu treiben kann man daher sagen, daß dieses historische Geschichtsstreben zur Einheit der bestmöglichen Organisation aller äußeren Lebensbedingungen, in letzter Konsequenz zum Allgemeinbesitz der Lebensgüter, d. h. zu deren Versozialisierung führen wird. Dem Begriff Sozialisierung widerstrebt in diesem Zusammenhang die Begrenzung eines irgendwie geistig-spekulativ gewonnenen Prinzips: es ist hier erweitert zum rein weltwirtschaftlich-sächlichen Geschichtsvorgange, der in seinen einzelnen künftigen Entwicklungsphasen wohl geistig vorausgeht, doch in seinen realen Teilen nicht definierbar ist. Daß das in unserm Bewußtsein vorauserkannte Menschheitsziel bis zu seiner Vollendung seine ständigen Vorstufen und Übergänge aufweist, ist natürlich. Die »endliche« Vollendung, als die relative, das heißt als die jeweils aus den Zeitverhältnissen hervorgegangene beste und glücklichste Lösung der Gesamtlebensgestaltung, verdient diese Bemerkung, weil in ihr jedwede Form der künftigen Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung als organisiert und auf der Gemeinschaft und dem Gemeinwohl der Gesamtheit, des höher entwickelten Kulturstandes ruhend, angesehen werden kann.

Je mehr sich also die Produktions- und Wirtschaftsentwicklung, entgegen dem einseitigen, vom Klasseninteresse der höheren Stände inspirierten Gegenwärtigen, der sie im Alleinbesitz der Gütererzeugungs-Mittel zugleich herrschend am Staats- und Gesellschaftsrunder beläßt, zum allgemeinen Volksverdienst und damit zur besseren Sozial-Moral- und rechtmäßigen Volksgesellschaftsordnung gestaltet, desto näher rückt auch die in der Historie begründete und von uns vorausgesehene Geschichts-Zielidee der in allen Teilen organisch fortschreitenden Staats- und Gesellschafts-Neuordnung. Sie muß notwendigerweise da zu baldmöglichen Verwirklichung bester Ordnung (wiederum als Zeitmöglichkeit gedacht) führen, wo die Hinwegräumung der ihr entgegenstehenden Hindernisse, als der Vorbedingung der organisch-einheitlichen freien Entwicklung aller Lebensfaktoren und ihres völlig restlosen Zusammenhanges und Auswirkens, endgültig geschehen ist.

Adolf Blum.





# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

## Aus unserm Bulletin.

Soeben erschien die neue Ausgabe vom *Bulletin des internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe* als Nr. 22, VI für Mai 1913, die als wichtigste Veröffentlichung folgende offizielle Bekanntmachung des internationalen Sekretariats enthält:

### VIII. internationaler Kongreß

der *Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe in Wien (Österreich)* am 25., 26., 27. und 28. August 1913.

Eröffnung am 25. August, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht des Sekretärs und Kassenbericht.
3. Die Einrichtungen der Landesorganisationen.
4. Statutberatung.
5. Drucksachenausstellung.
6. Allgemeines.

Wie wir schon früher mitteilten, ist der Termin für den achten internationalen Kongreß auf obige Tage verschoben worden. Ebenso machten wir bekannt, daß das internationale Sekretariat dieselbe Statutvorlage auf diesem Kongreß vorlegt, wie auf dem letzten Kongreß in Amsterdam. Ferner machten wir bekannt, daß auf diesem Kongreß eine allgemeine Drucksachen-Ausstellung stattfinden soll und wir ersuchten die Landesorganisationen in letzter internationaler Zeitung, schon jetzt an die Sammlung dieser Drucksachen heranzugehen und sie später nach Wien an die Adresse des Kollegen Mühlberger einzusenden.

Die oben angeführte Tagesordnung ist als eine provisorische, durch das internationale Sekretariat herausgegebene, aufzufassen und bedarf noch der Zustimmung des internationalen Kongresses. Alle für den Kongreß bestimmten Anträge sind nach den internationalen Statuten bis drei Monate vorher an das internationale Sekretariat einzusenden, das sie zwei Monate vor dem Kongreß den Landesorganisationen bekannt geben wird.

### Internationales Sekretariat.

Dieser Bekanntmachung geht ein Artikel über die *Internationale Gewerkschaftsbewegung von 1911* voran, den wir bereits in Nr. 6 des laufenden Jahrgangs der »Gr. Pr.« auf Seite 43 unter der Überschrift »Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1911, I (Neue Folge)« veröffentlichten.

Der Bekanntmachung folgt dann die Fortsetzung der in den Nrn. 20 und 21 des Bulletin's eröffneten Artikelreihe »Die Arbeiterversicherung in Europa«, auf die näher einzugehen der Raum unseres Blattes leider nicht zuläßt.

Den Abschluß der Nummer bilden *Berichte aus den Landesorganisationen Italiens und Schwedens*. Der Bericht aus *Italien* betrifft den Abschluß des Mailänder Steindruckertarifs, den wir in Nr. 3, Seite 22 des laufenden Jahrgangs der »Gr. Pr.« in einem besonderen Artikel: »Ein neuer Tarif für Steindrucker in Italien« bereits gewürdigt haben. Der Bericht aus *Schweden* betrifft den letzten, zu Pfingsten abgehaltenen Kongreß unseres schwedischen Bruderverbandes. Diesen Bericht geben wir an anderer Stelle in der vorliegenden Nummer als besonderen Artikel bekannt.

## Die Pfingsttagung unsres schwedischen Bruderverbandes.

Der vierte Kongreß des schwedischen Verbandes fand vom 11. bis 13. Mai in Stockholm statt. Anwesend waren 13 Delegierte der verschiedenen Städte, sowie der Vorsitzende des Verbandes Wyk-Malmö und der Internationale Sekretär Sillier, dessen Anwesenheit allseits freudig begrüßt wurde. Im Lande befinden sich zirka 700 Kollegen, von denen leider nur 220 organisiert sind; dazu kommen zirka 200 Lehrlinge, von denen zirka 30 dem Verbande angehören. Im Lande sind vorhanden 125

Lithographen, davon 28 organisiert; 57 Lithographen-Lehrlinge, davon 4 organisiert; 310 Steindrucker, davon 138 organisiert; 83 Steindrucker-Lehrlinge, davon 17 organisiert. Außerdem sind zirka 200 Chemigraphen vorhanden, davon 50 organisiert; ferner sind noch 20 in Lithodruckereien beschäftigte Kollegen vorhanden, die leider nicht organisiert sind. Die Chemigraphen gehörten früher dem Buchdrucker-Verbande an, traten aber aus diesem aus und in den Lithographenverband über.

Im Lande sind für die Steindruckerei 205 Handpressen, 214 Schnellpressen und 11 Rotationsmaschinen vorhanden. Die Chemigraphen hatten früher eine zentrale Tariftgemeinschaft mit den Unternehmern abgeschlossen, die leider aufgehoben wurde; seitdem haben sich die Verhältnisse in der Lohnfrage wesentlich verschlechtert, sodaß eine strammere Organisation der Chemigraphen-Kollegen dringend erforderlich ist, wodurch deren Lage wesentlich gehen werden kann. Die Organisation der anderen Berufe ist freilich ebenso wichtig, doch tritt bei den Chemigraphen diese schlechte Organisation wesentlich in der Verschlechterung der Berufsfrage in Erscheinung, die mit dem Fall der Tariftgemeinschaft sich gezeigt hat.

In dem Verband sind an Unterstützungen vorhanden: eine Unterstützung auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit und bei Krankheit. Früher war die Einführung einer Invalidenunterstützung beschlossen und dementsprechend auch Beiträge erhoben, doch stellten sich dieser Einführung besondere Schwierigkeiten entgegen, sodaß dies unterblieb. Die Krankenkasse wird getrennt von den übrigen Unterstützungen verwaltet und alle diejenigen Kollegen müssen hierzu Beiträge zahlen, die einer Krankenkasse nicht angehören. Eine staatliche Krankenkasse besteht als Zwangsversicherung nicht.

Von den Kongreßbeschlüssen und den ausgedehnten Statutberatungen ist als wichtig hervorzuheben die Beitragserhöhung von 75 auf 90 öre pro Woche. Der Krankenkasse beizutreten ist für jeden, der einer anderen Krankenkasse nicht angehört, Pflicht. Die Lehrlinge zahlen die Hälfte an Beiträgen und haben auch auf die Hälfte der Unterstützungen Anspruch. Der Vorsitzende Wyk, der infolge seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit seit zwei Jahren außer Arbeit war und dementsprechend unterstützt wurde, wurde für die Folge mit einem Jahresgehalt von 2000 Kronen fest angestellt. Der Sitz des Hauptvorstandes wurde von Malmö nach Stockholm verlegt. Beschlossen wurde nach längerer Auseinandersetzung, den nächsten internationalen Kongreß zu beschicken und der Kollege Wyk hierzu delegiert. Der nächste Verbandstag findet über drei Jahre in Stockholm statt.

In den *Schlüßreden*, worin der Kollege Sillier besonders eingriff, wurde auf die mangelhafte Organisation, besonders in einigen Städten, hingewiesen. Es gibt Städte mit einer ziemlichen Kollegenzahl wie Norköping, Linköping und Jönköping, in denen fast kein organisierter Kollege vorhanden ist; dies muß als eine große Kurzsichtigkeit aufgefaßt werden. Hier wie auch in den anderen Städten muß energisch für die Ausbreitung der Organisation und die dann folgende Besserstellung der Kollegen gearbeitet werden. Aus dem »Bulletin«.

## Die Generalversammlung des österreichischen Senefelderbundes.

Unser österreichischer Bruderverband hielt am 24., 25. und 26. Mai in Wien seine ordentliche Generalversammlung ab, an der neben vielen anderen Vertretern von befreundeten Organisationen des In- und Auslandes auch Kollege Otto Sillier im Auftrage unseres internationalen Sekretariats und unsrer deutschen Organisation teilnahm. Aus den Reihen der Mitglieder des österreichischen Senefelderbundes war der Verbandstag durch 33 Delegierte besetzt.

In dem Bericht des Zentralausschusses wies der Obmann Kollege Mühlberger hauptsächlich darauf hin, daß unser österreichischer Bruderverband zu Beginn des Berichtsjahres im vollen Kampfe mit dem nord- und westböhmischen Unternehmertum stand, das die Arbeiter ausgesperrt hatte. Der Kampf betraf 623 Mitglieder in 27 Betrieben. Er dauerte volle 28 Wochen und erforderte in dieser Zeit eine Unterstützungs Ausgabe von 207770 Kronen.

Die Entwicklung der Kassenverhältnisse in den letzten beiden Jahren stellte den Verbandstag vor die Alternative, entweder bestimmte Unterstützungen etwas zu kürzen oder den Beitrag zu erhöhen. Er entschied sich für letzteres und beschloß eine Beitragserhöhung um 10 Heller auf 1,40 Kr wöchentlich. Außerdem wurde der bisher fakultative Lokalbeitrag von 40 Hellern, der für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung benutzt wird, obligatorisch gemacht, so daß jedes Mitglied der I. Klasse insgesamt 1,80 Kr. als Wochenbeitrag zu leisten hat. Dadurch erhöht sich die Arbeitslosenunterstützung nach ein- bzw. zweijähriger Beitragsleistung von 14 auf 24 Kronen wöchentlich. Arbeitslose und ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder können sich ihre Anwartschaft auf die übrigen Unterstützungs zweige durch einen Wochenbeitrag von 90 Hellern erhalten.

Für die Mitglieder der II. Klasse (Hilfspersonal) wurde die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 13 Wochen erhöht und eine Waffenübungs-

unterstützung von 50 Hellern pro Tag probeweise eingeführt.

Angenommen wurde auch der Antrag, der Mitgliedern des Verbandes jugendlicher Arbeiter bei ihrem Übertritt zum Senefelder-Bund besondere Begünstigungen bei der Reiseunterstützung einräumt.

Beschlossen wurde ferner, daß Sterbegeld, Witwen- und Waisenunterstützung nur dann gewährt wird, wenn ein verstorbener Mitglied bei seinem Tode nicht mehr als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande war. Wer ohne Zustimmung des Arbeitsnachweisverwalters eine Stellung annimmt oder vermittelt, geht ebenfalls für die ganze Dauer einer solchen Kondition und für die ganze Zeit der ihr folgenden Arbeitslosigkeit jedes Unterstützungsanspruches verlustig.

Einem Gebot der Disziplin in den Reihen der Organisationsmitglieder entspringt der Beschluß, daß Streiks, die ohne Zustimmung der Verbandsleitung ausbrechen und geführt werden, die finanzielle Unterstützung der Organisation nicht erhalten können.

Von besonderem Interesse war noch die Diskussion über die Anträge der Ortsgruppen Reichenberg und Warnsdorf, die die Gründung einer graphischen Union durch Verschmelzung der vier graphischen Organisationen der Buchdrucker, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter und Lithographen und Steindrucker bezwecken. Der Verbandstag erklärte sich prinzipiell für diesen Zusammenschluß zu einem graphischen Industrieverbande für Österreich. Er war sich aber auch vollständig klar darüber, daß diesem engen Konzentrationsprozeß noch viele Hindernisse im Wege stehen, die erst in gründlichen Beratungen der einzelnen Zentralverbände beseitigt werden können, daß aber auch die Frage nicht mehr von den Generalversammlungen des Verbandes verschwinden wird, bis sie zufriedenstellend gelöst ist.

Die Generalversammlung des österreichischen Senefelderbundes hat also in jeder Beziehung tatkräftig für die Innere Stärkung, Kräftigung und Festigung der Organisation gearbeitet und sie hat den ersten Schritt zu einer Annäherung aller graphischen Verbände Österreichs getan, der auch die Phalanx der graphischen Arbeiterschaft Österreichs nach außen hin, gegenüber dem Unternehmertum, stärken und festigen wird. Wir können unseren österreichischen Bruderverband zu diesem Verlauf und diesem Ergebnis seines Verbandstages nur beglückwünschen.

## Zur Generalversammlung.

### VII.

Die Generalversammlung wird sich auch mit der Lehrlingsfrage zu beschäftigen haben und auf eine intensive Weiterentwicklung unserer Lehrlingsabteilung bedacht sein müssen. Die Unterstützungsfrage interessiert uns hier weniger, wohl aber die Frage der Heranbildung unserer Lehrlinge. Die Schülerziehung war in jeder Beziehung ungenügend, darüber sind wir uns alle einig. Mit dem ganzen geistigen Klischee, den der Lehrling aus der Schule mitgebracht hat, kann er im Berufe nichts anfangen. Er bedarf einer Menge praktischen Wissens zuerst in fachlicher Beziehung. Als schlechter oder mittelmäßiger Arbeiter ist er eine Last für den Beruf, ein Kreuz für unsere Organisation. Minderwertige Arbeiter, die wir jahraus jahraus als Arbeitslose durchs Leben zu schleppen haben, haben wir schon genug. Die Ausbildung durch den Unternehmer genügt ebensowenig wie die Nachhilfe in den Fortbildungsschulen, in denen man jetzt ja auch noch durch das Einpacken von Bibelsprüchen die Jungen verblieden möchte. Hier hat unsere Organisation einzugreifen, um zur praktischen Lehre im Geschäft das notwendige theoretische Wissen zu gesellen. Die Versuche sind hier und da mit Erfolg gemacht worden; diese müssen verallgemeinert werden. Der tüchtige Berufsarbeiter ist auch ein tüchtiger Verbändler. Nur der Stümper ist ein wissenloses Werkzeug des Unternehmers.

Schlimmer stehts noch mit dem Allgemeinwissen. Was dem Schüler da beigebracht wird, ist zu ca. 75 Prozent Schwindel. Planmäßig wird da der Junge zur Untertanentreue und Knechtseligkeit erzogen. Solche Armen im Geiste können wir wiederum nicht im Berufe gebrauchen, die jeden Fußtritt ihrer Ausbeuter mit einem dreifachen Hurra beantworten. Auch da muß die Organisation Hand an Werk legen. Aus den knechtseligen Gestalten sind selbstbewußte Männer zu erziehen. Das hat selbstverständlich ohne jede politische Nebenabsicht zu geschehen. Denn ein selbstbewußter Mann kann jeder politischen Partei angehören, dazu braucht der junge Mann keineswegs ein Jungdeutschlandkriecher zu sein.

Alle Wissensgebiete sind zu beackern. Wie das geschehen soll? Kollege Seidel hat vor einigen Wochen an dieser Stelle bereits Vorschläge gemacht, die in beliebiger Zahl vermehrt werden können. Mir will es scheinen, als sei es die Hauptsache, daß möglichst an jedem Ort die Leitung unserer Lehrlingsabteilung in die Hände eines Kollegen gelegt wird, der auch das nötige pädagogische Geschick zur Jugenderziehung hat, der mit unsern Jungens wie mit Selmesgleichen umzugehen versteht, und dem es auch nicht an viel Lust und viel Zeit für die Sache fehlt. Insbesondere darf die Lehrlingsorganisation nicht auch noch den Funktionären aufgehalet



werden, die mit anderen Funktionen schon alle Hände voll zu tun haben. Diese können sich der Lehrlingsfrage nicht mit der nötigen Muße widmen. Die bildende Tätigkeit unserer Lehrlingsabteilungen darf aber auch nicht mit den übrigen Funktionen unseres Verbandes in einen Topf geworfen werden, sie ist vielmehr gesondert von diesen zu betreiben. Fruchtbare kann diese Arbeit aber nur sein, wenn nicht jede, selbst die kleinste Mitgliedschaft auf eigene Faust darauflosbildet. Erfolgreicher wird diese Arbeit sein, wenn sie planmäßig und auf zentraler Grundlage betrieben wird. Davon können die großen und kleinen Lehrlingsabteilungen profitieren; ja selbst die kleinsten Orte, die aus eigener Kraft hier nichts zu schaffen vermögen, führen gut dabei.

Dazu brauchen wir eine Zentralinstanz, die sich ständig mit der Lehrlingsfrage beschäftigt, eine *Zentrallehrlingskommission*, die mit den einzelnen Lehrlingsabteilungen in direkter Verbindung steht. Mit dahingehenden Anträgen wird sich unsere Generalversammlung zu beschäftigen haben. Wir sind gewiß, daß unsere Delegierten mit der nötigen Liebe an die für unsere Organisation so wichtige Frage der Lehrlingsausbildung herantreten werden. Dieser Zentrallehrlingskommission müssen natürlich auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn ihre Tätigkeit sich nicht nur auf fromme Wünsche beschränken soll. *Eberlein.*

## VIII.

Unter dem Zwange der gewaltigen Umwälzungen, die in neuerer Zeit fast die gesamte Technik unserer graphischen Verfahren erfährt, ist es mehr und mehr ein dringendes und zwingendes Erfordernis, der fachtechnischen Belehrung und Unterweisung erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Nicht nur die längst bedrängte Lithographie, auch die Chemigraphie u. a. haben an der Neugestaltung der Dinge ein direktes Interesse, und alle Berufszugehörigen haben ein gutes Recht, über alle neuen Arbeitsmethoden und Druckverfahren, über alle Neuerungen und Verbesserungen der bisherigen Arbeitsweisen ausgiebig und eindringend unterrichtet zu werden.

Nun ist unsere »Graphische Rundschau« auch so ein vermeintliches oder wirkliches Stiefkind unserer Organisation, daß sich trotz früherer Fürsorge über die bescheidene Größe seines Kindesalters nicht hinaus zu entwickeln vermochte. Sein gar zu bescheidenes Vierzehntagekleidchen ist zu eng geworden und genügt den neuzeitlichen Modeanforderungen nicht mehr. Da aber unser Verband in seiner legitimen Vaterschaft noch viele andere Verpflichtungen und Sorgen hat, kommt — wenn es überhaupt einmal zu einer Änderung auslangt — höchstwahrscheinlich nach dem vierzehntägigen der achtägigen Wäschewechsel des gleichen Aufputzes in Voranschlag. Damit wäre uns jedoch nicht ausreichend gedient. Sind dem Vater die Kosten der Neugewandung nach modernem Stil unerschwinglich, so wären gewiß die vielen Anverwandten und guten Bekannten der so weit verzweigten graphischen Stammmfamilie des Schützlings bereit, für die neue Ausstattung aufzukommen. Konkret gesprochen: es wäre zu erwägen, für die auszugestaltete »Graphische Rundschau« statt des Obligatoriums das freiwillige Abonnement einzuführen.

Zur Begründung der weiteren Ausgestaltung der »Graph. Rundschau« sollte man eigentlich nicht viele Worte machen brauchen. Über den Wert und die Notwendigkeit einer weitgreifenden fachlichen Unterweisung und Belehrung ist schon so vieles geschrieben und gesprochen worden; nur auf einiges sel hier verweisen.

Es besteht nicht nur die zwingende Notwendigkeit, für das vorhandene Bedürfnis in der Kollegenchaft über alle Neuerungen und Neueinführungen von allgemeinem Interesse gut unterrichtet zu werden, Befriedigung zu schaffen, sondern die *Beihilfe zur Fortbildung der Berufszugehörigen der bedrängten Verhältnisse ist auch unumgänglich von nöten aus Gründen der Qualität der Erzeugnisse, die eine Branche vor gänzlichem Verfall schützen kann und sie weiterhin konkurrenzfähig erhält.* Denn nicht immer ist das Neue das Bessere, oft ist es nur aus Billigkeitsrücksichten, vorübergehend, eingeführt; es kann auch kommen, daß — neben der Verwendung moderner Hilfsmittel — sich das künstlerisch verbesserte Alte wieder einführt. Das könnte namentlich beim maruellen Chromo und Merkanill zutreffen. Da wird es um so notwendiger sein, die Weiterbildung auf höherer und breiterer Grundlage zu organisieren, als ja gute Zeitschriften, die hervorragenden Anteil an der technischen und künstlerischen Fortbildung weiter Kollegenkreise genommen haben, eingegangen sind. Dadurch hat sich die Möglichkeit guter Fachbelehrung und Anleitung für die der Weiterbildung Befähigten sehr verringert. Als Ersatz in fachlich-technischer Hinsicht kommen wohl einige neuere Werke in unserm Gewerbe in Betracht (Kluiths Handbuch der Lithographie, Kirsten's Die Umbildung der Chromolithographie), aber diese sind vielmehr Spezialfächern gewidmet und dienen zum Teil theoretischem Studium, wozu die Werke nur warm empfohlen werden können. Eine in kurzen Zeiträumen erscheinende Zeitschrift bietet jedoch außerdem Laufendes und Neues; sie ist auch in der Lage, Untersuchungen und Erläuterungen zu geben, auf technische Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen und für die tägliche Praxis Nützliches und Gutes zu lehren. Da-

durch macht sie erst weitläufige Erklärungen und Theorien im weiteren Sinne wirksam fruchtbar.

Aber noch ein weiteres nützlich Moment zeitigt Fachbelehrung, das namentlich von uns heutigen Gewerkschaftlern nicht zu unterschätzen ist. Es sind dies die aus ihm entspringenden besseren Erkenntnisse und Überblicke der Zusammenhänge zwischen dem Beruflichen und Fachgewerblichen mit dem Sozialwirtschaftlichen, Erkenntnisse, die im Hinblick auf etwa zu treffende Vorbereitungen und Maßnahmen gegen plötzliche, zu stürmische oder uns sonstwie verhängnisvoll werdende Übergänge (Überläuferwesen, Organisations- und Grenzstreitigkeiten, Fragen über Verwendung von Hilfsarbeitern u. a.) sich verwerten lassen, welche Gefahren sonst unsern Berufen und dem Gewerbe überhaupt, das ebensowenig ein unsicheres, sprunghaftes Vor- und Wiederzurückschnellen verträgt, sehr leicht zum Schaden ausschlagen könnten. Es ist auch durchaus menschlich und entspringt unserm Berufselbsthaltungstrieb, solchen bevorstehenden plötzlichen Änderungen die Merkmale des Gefährlichen und Verderblichen zu nehmen und die heutigen Zustände allmählich und ohne zu großen Schaden oder gänzlichen Niedergang des einen oder anderen Berufes in die künftigen überzuleiten. In ausgiebig ventilierten und erklärten gewerblichen, organisatorischen oder mit den Unternehmern auszufechtenden Streitfragen wären dann diese Gefahren beschränkt.

Der Wert und die Wichtigkeit einer solcherlei vielseitig ausgestalteten Zeitschrift wird wohl von jedem ernst zu nehmenden Kollegen geschätzt werden und er wird das dadurch bekunden, daß er die Zeitschrift auch abonniert. Die angeführten Gründe sind wohl ebenso dringender wie zwingender Art und sprechen für sich selber. Wie für den Einzelnen in beruflicher Hinsicht, so wird eine solche Fachzeitschrift in Verbandsregie für das berufswirtschaftliche Ganze von großem Nutzen sein und unserer Organisation zur vollen Ehre gereichen. *Ad. Blum.*

## IX.

Einen wahrhaft genialen Vorschlag macht in Nr. 25 der »Gr. Pr.« der Kollege *W. N. E.* in bezug auf den geforderten Beirat. Er geht dahin, auf je 1000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen, die Verbandsangestellten aber von der Wahl auszuschließen. Aber der Kollege ist noch gnädig. Auf Beschluß der so gewählten Körperschaft sollen die Angestellten aus den Gauen mit beratender Stimme herangezogen werden. (Damit würde dann die dem Kollegen *W. N. E.* zu große Körperschaft wieder erreicht sein.) Allem Anschein nach hat der Kollege das Gefühl, als wenn die nach seinem Wunsch gewählte Körperschaft nicht die Erfahrung hat, um selbständig beschließen zu können; sie soll sich deshalb erst von den Angestellten die erforderliche Belehrung holen. Nachdem die Körperschaft sich dann eventl. die Meinung der Angestellten zu eigen gemacht hat stimmt sie ab, unter Ausschluß der Personen, die durch ihre ausschließliche Tätigkeit für die Organisation und für die Interessen der Gesamtkollegenchaft die besten Erfahrungen haben.

Es wäre ja interessant, die Gründe zu hören, die den Kollegen *W. N. E.* veranlaßt haben, die Angestellten von der Teilnahme an dieser Körperschaft auszuschalten. Der Grund, daß die Nichtangestellten die Majorität haben sollen, kann es nicht sein, denn diese ist auch dann vorhanden, wenn die Angestellten wählbar sind.

Wie widersinnig übrigens der Vorschlag des Kollegen *W. N. E.* ist, ergibt sich aus folgendem: Unsere Organisation stellt einen großen Prozentsatz der Personen, die in der Arbeiterbewegung, sei es auf politischem oder genossenschaftlichem Gebiet oder als Arbeitersekretäre, angestellt sind und die, wie es ihre Pflicht ist, soweit es ihre Zeit erlaubt auch noch in der Gewerkschaft mitarbeiten. Von diesen würden jedenfalls eine ganze Reihe als Kandidaten bei der vorzunehmenden Wahl aufgestellt und auch gewählt werden. Nun muß doch ein jeder zugeben, daß die Angestellten unserer Organisation, wie kein anderer Kollege, in engerer Fühlung mit einem großen Teil der Kollegen stehen. Diese sind nach Ansicht des Kollegen *W. N. E.* aber nicht befähigt, mitbestimmend in großen Fragen zu sein, wohingegen die eben genannten Kollegen — und deren Zahl dürfte bei dem vorgeschlagenen Wahlmodus nicht gering sein — ohne weiteres befähigt sein sollen, über das Wohl und Wehe unserer Kollegen entscheidend zu können. Wie sich der Artikelschreiber diese Logik zusammensetzt ist einfach unverständlich. Man sollte aber erwarten, daß ein Kollege, der seine Ansichten in einer für unsere Angestellten gerade nicht schmeichelehaften Weise zum besten gibt, etwas besser über das nachdenkt, was er zu schreiben beabsichtigt, und auch gleichzeitig seine Gründe dafür ins Feld führt. *L.*

## Gautag in Leipzig.

Der Gau Leipzig hielt am 14. und 15. Juni im Volkshaus zu Leipzig seinen Gautag ab. Vertreten waren nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission 26 Mitgliedschaften durch 41 Delegierte, sowie der gesamte Gauvorstand. Nicht vertreten war die Mitgliedschaft Eilenburg. Als Vertreter des

Hauptvorstandes war Kollege Lange erschienen, als Referent über »Die Lehren des großen Kampfes« Kollege Leinen-Dresden. Die Kollegen Herbst-Leipzig und Meier-Durst-Saalfeld wurden zu Vorsitzenden, Schmidt-Leipzig und Sinsel-Dessau zu Schriftführern gewählt.

Der Bericht des Gauvorstandes und der Mitgliedschaften lag gedruckt vor. Daraus ging zunächst hervor, daß der Gauvorstand infolge zunehmender Geschäfte eine Verstärkung von 5 auf 7 Mitglieder erfahren mußte. Der Beschluß des Gautages 1911, Material zum Boykott der Firma C. F. Leonhard in Crossen zu sammeln, konnte eigenartiger Verhältnisse halber nicht zur Ausführung gelangen. Der Gauvorstand empfiehlt, bei der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zu beantragen, die Lieferanten für sie zu verpflichten, Leonhardsche Pakungen nicht zu verwenden. Die vom letzten Gautag eingeleitete Bewegung führte zu einem umfangreichen und erbitterten Kampfe. Der Antrag, wonach die Gautage mit einer Drucksachenausstellung zu veranstalten sind, ist diesmal in die Tat umgesetzt worden. In einem geräumigen und hellen Saal des Volkshauses waren Druckerzeugnisse der mannigfaltigsten Art ausgestellt. Das überaus weitverzweigte Gebiet der Illustrationstechnik wurde hier, in geschmackvolle Gruppen geordnet, den Gautagsstellnehmern drastisch vor Augen geführt. — Dem Bericht war weiter zu entnehmen, daß der Beschluß, der Gauvorstand ist erste Instanz in allen Angelegenheiten, nicht genügend respektiert wurde. Die Unzuverlässigkeit einzelner Mitgliedschaftsvorstände ist oft noch groß. Besonderen Wert hat der Gauvorstand auf den Abschluß von Ortstarifen im Gegensatz zu Firmentarifen gelegt. In die Berichtszeit fallen noch eine Anzahl Tarifabschlüsse, die revidierte Fortsetzungen bestehender Tarife sind. Die Vereinbarungen mit dem Verband deutscher Formstehereigentümer sind im Gau von insgesamt 19 Kontrahenten unterschrieben anerkannt. Der große Kampf von 1911/12 tobte im Gau mit außerordentlicher Schärfe. Insgesamt waren am Kampf 1447 streikende und ausgesperrte Kollegen in 11 Gauen beteiligt. Nach Beendigung des Kampfes mehrfach vorgenommene Maßregelungen machten ein Eingreifen des Gauvorstandes erforderlich. Die sonstige Tätigkeit des Gauvorstandes erstreckte sich auf die Regelung der verschiedensten örtlichen Angelegenheiten. Dabei gab der Hauptvorstand in einem Falle (Cassel) durch sein selbständiges Vorgehen den Anlaß zu Differenzen mit dem Gauvorstand. Der Gauarbeitsnachweis konnte nicht in wünschenswerter Weise funktionieren, da das unbedingt nötige Zusammenarbeiten aller fehlte. Erhöhte Aufmerksamkeit mußte der Gauvorstand dem Lehrlingswesen zuwenden. Besonders verdient um die Massenlehrlingszuchtung macht sich die Firma Wezel & Naumann-Leipzig. Schlimme Zustände bestehen nach dieser Richtung hin auch bei den Zeldnern. Mit vermehrter Tätigkeit ging der Gauvorstand an den Ausbau der Lehrlingsabteilung und versuchte vor allen Dingen die Eltern der Lehrlinge für diese zu interessieren. Der Kassenbericht für die Gaukasse lag neben einem von den Revisoren bestätigten Revisionsbericht ebenfalls gedruckt vor. Danach bilanzierten die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1912 in einer Höhe von 2220,13 Mk. Der Vermögensbestand beträgt 1347,12 Mk. — In der regen Diskussion wurden 5 Anträge mit zur Debatte gestellt. Diese betrafen den inneren und äußeren Ausbau des Gaus, die Einbeziehung der Entscheidung unauflöslicher Gänge zum Arzt bei Tarifabschlüssen und die Bewilligung größerer Mittel für den Gauarbeitsnachweis. Abgesehen von örtlichen Wünschen und Schmerzen, die einzelne Delegierte vortrugen, wurde allgemein die Tätigkeit des Gauvorstandes, sowie auch das gute Verhältnis zwischen ihm und den Mitgliedschaften, anerkannt. Dasselbe wurde auch gewünscht in Bezug auf Hauptvorstand und Gauvorstand. Alle Redner traten für den Antrag Halle ein, der zur Wahrung größerer Selbständigkeit des Gaus, diesen als erste Instanz für alle Angelegenheiten statutarisch festgelegt wissen will. Derbe Kritik erfuhr der Hauptvorstand wegen seines Verhaltens in Sachen der Weihnachtssteuer. Kollege Sinsel nahm sich besonders der Crossener Angelegenheit an und empfahl dem Gautag, unter Hinweis auf die prinzipielle Bedeutung des Falles, folgende Resolution zur Annahme: »Die Generalversammlung wird beauftragt, bei der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mit Nachdruck dahin zu wirken, daß bei vorkommenden Lohnbewegungen, die insbesondere unsere Organisation betreffen, die Großeinkaufsgesellschaft unbedingt und uneingeschränkt ihren Einfluß geltend macht im Sinne der Resolutionen, die zur gegenseitigen Unterstützung von Gewerkschaften und Genossenschaften auffordern und verpflichten. Es muß der Großeinkaufsgesellschaft zur Pflicht gemacht werden, Lieferanten, die ihre Pakungen aus bestreikten Firmen oder solchen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten versuchen, bezuhen, von der Lieferung auszuschließen.« — Kollege Lange vom Hauptvorstand gab zu, daß einige unnötige Differenzen sowie Verzögerungen bei der Erledigung geschäftlicher Dinge bestehen. Die letzteren sind verursacht durch Arbeitsüberbürdung des Hauptvorstandes. Die Kassenführung sowie die Unterstützungseintragungen mancher Ortsvorstände sind oft noch recht mangelhaft. Das Studium des Hand-



buches ist deshalb dringend notwendig. Das Vorgehen des Hauptvorstandes inbezug auf die Weinhändlersteuer sollte namentlich faule Zahler zur Erfüllung ihrer Pflicht mahnen. Mit der Großverkaufsgesellschaft wird sich auch die diesjährige Generalversammlung beschäftigen. — Kollege Herbst stellte nunmehr am Schluß der Diskussion für den Gauvorstand die Vertrauensfrage, der die Delegierten einstimmig zustimmten. Ebenfalls einstimmig wurden die mit zur Debatte gestellten 5 Anträge angenommen, sowie auch die Resolution Sinsel.

Zu dem Punkt: »Ist der Gau ein organisches Gebilde des Verbandes?« lag das Referat des Kollegen Herbst ebenfalls gedruckt vor. Daraus war folgendes zu entnehmen: Der Beritt des Gaues ist im Verband noch sehr jungen Datums und demzufolge noch unvollständig. Allmählich erst hat sich diese Einrichtung gebildet. Früher regelte die Mitgliedschaft ihre Angelegenheiten mit der Zentrale. Alles war noch klein und übersichtlich. Langsam aber gewann das Organisationsleben an Gehalt. Das Beobachtungsgebiet erweiterte sich. Hinzu kommt, daß die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben sich bemerkbar machten. Die Regelung der Berufsverhältnisse konnte nicht mehr vom Standpunkt der Mitgliedschaft aus geschehen. Der hinzukommende Unternehmerverband tat ein übriges. Es wurden nun zum Zwecke der Agitation nach außen eine Anzahl Mitgliedschaften zu Bezirken, mit einer Bezirksagitationskommission an der Spitze, gebildet. Diese Einrichtung versagte aber, sobald eine Veränderung der Verhältnisse eintrat. Die Veränderung, besonders im Wirtschaftsleben, kam schnell und gründlich, ein entsprechender Aufbau im Verbande folgte aber nicht. Die Gauen haben sich in ihrem Wesen nicht entwickelt. Herbst schildert nun, wie die früher einfachen Verhältnisse durch die veränderte Produktionsart, durch die immer fortschreitende Technik und die zollpolitischen Maßnahmen sich so gründlich geändert haben, und immer weitere Arbeitskräfte entbehrlieh machen. Zu all diesen Dingen kommt noch der organisierte Unternehmerwille, der die Schäden der Produktionsart für die Arbeiter noch vergrößern will. Das Organisationsgetriebe wird komplizierter denn je, von einer Stelle aus können diese Dinge nicht mehr übersehen werden. Warum nicht? Die Eriedigung der Geschäfte ist durch die bloße Existenz des Unternehmerverbandes viel umfangreicher geworden. Das Recht jedes Mitgliedes muß unbilligen Zumutungen der Unternehmer gegenüber in jedem Falle gewahrt werden. Die energische Verfolgung unserer Ansprüche kann nicht einer einzigen zentralen Stelle überlassen bleiben. Die alles umwälzende Technik, die sich nicht gleichzeitig im ganzen Verbandsgebiete ändert, fordert eine Beobachtung von hoher Warte. Alle diese früher unbekannt Dinge überlasten bei einem Verkehr der Mitglieder mit der Zentrale die letztere. Der organisatorische Aufbau muß den Verhältnissen angepaßt werden. Wir müssen zu einer gewissen, zentral geregelten Zentralisation kommen, deren Grundlage der Gau ist. Ein Arbeitsplan wird in periodischen Konferenzen gemeinsam vom Hauptvorstand und Gaeuleitern aufgestellt. Der Gau ist in jeder Beziehung ein organisatorisches Ganzes und verkehrt als solches für seinen Bereich mit der Zentrale, und diese umkehrt mit dem Gau. Der Gauvorstand ist für die Mitgliedschaft und die Mitglieder erste Instanz. Die Ausführung von Dingen, die das Verbandsstatut berühren, beispielsweise Streiks, bedürfen der Zustimmung des Hauptvorstandes. Bei allen gemeinsamen Fragen ist die Meinung der Gauvorstände durch Gaeuleiterkonferenzen oder Gutachten einzuholen. Dem Gauvorstand obliegt weiter das Rechnungswesen, ebenso im Einverständnis mit der Mitgliedschaft die Auskunftserteilung. Der Gauvorstand würde so eine Art Mitgliedschaftsvorstand sein. Die entstehende vermehrte Tätigkeit ist durch Erhöhung des jetzigen Gaeuleiters oder eventuell durch Festsetzung eines besonderen Gaeuleiters zu ermöglichen. Bei den jetzigen Einrichtungen können solche Aufgaben nicht erledigt werden. Unser organisches Gefüge im Verband ist auf solche Dinge nicht zugeschnitten. Aus dem Fortbestehen des Wesens der alten Agitationskommissionen entstehen Differenzen, wie sie im Bericht behandelt werden mußten. Wird die Idee als richtig anerkannt, so werden auch die Mittel dazu aufzubringen sein. — In der lebhaft einsetzenden Diskussion wurden die Herbstischen Ideen gut geheißen, soweit sie auf eine Verwirklichung größerer Selbständigkeit der Gauen zielten. Jedoch fast alle Redner, darunter die Kollegen Lange und Pfeiffer, erhoben Bedenken gegen die Verwaltungstechnische Durchführbarkeit, eines Teiles der zu diesem Zwecke von Herbst gemachten Vorschläge. Die budmäßige Kassenführung, desgleichen die Auskunftserteilung durch den Gauvorstand bedeutet eine Verdoppelung der Korrespondenzen und Portokosten, sowie eine Verzögerung der Auskunftserteilung. Eine weitere Belastung der Gauvorstandsmitglieder entsteht, die zur Neuanstellung von Beamten führen müßte. Die agitatorische Wirksamkeit des Gauvorstandes, insbesondere des Gauvorsitzenden, wird unterbunden. Mehrfach auch wurde befürchtet, daß die Mitgliedschaften ein Stück ihrer Selbständigkeit einbüßen werden. Die Diskussion endete mit Annahme folgender, vom Kollegen Schnetter-Coburg eingebrachten Resolution: »Der Gautag in Leipzig am 14. und 15. Juni 1913 hat

das Referat des Kollegen Herbst: »Ist der Gau ein organisches Gebilde des Verbandes?« mit Interesse entgegengenommen. Nach eingehender Diskussion dieser Frage kommt der Gautag zu der Erkenntnis, daß der Gau als organisches Gebilde insofern zu betrachten ist, daß die Leitungen der Gauen das Recht zur Initiative haben müssen. Zur besseren Aufrechterhaltung des Kontakts zwischen Gau- und Hauptvorstand und zur Verständigung über verwaltungstechnische und taktische Fragen, die den Gesamtverband angehen, sind die Gaeuleiterkonferenzen des öfteren einzuberufen.«

»Die Lehren des großen Kampfes« lautete der 3. Punkt der Tagesordnung. Kollege Leinen als Referent führte folgendes aus: Bei gewerkschaftlichen Kämpfen müssen wir unterscheiden zwischen anzuwendenden Kampfmitteln und anzuwendender Kampfeskraft. Für die Kampfeskraft sind in erster Linie die gesamten Berufs- und Produktionsverhältnisse maßgebend. Nach ihnen muß die Angriffskraft bei beabsichtigten Kämpfen eingerichtet werden. Die Richtigkeit der Behauptung, daß wir bei einem über das ganze Reich ausgedehnten, und somit die gesamte Produktion lähmenden Kampfe eher und größere Erfolge erzielt hätten, ist zu bezweifeln. Die Taktik einer Organisation kann niemals bis in alle Einzelheiten hinein maßgebend sein für die einer anderen Organisation. Die in den Arbeiterorganisationen gewährte Demokratie garantiert selbst am Kampfe Unbeteiligten ein Mitbestimmungsrecht. Hingegen ist bei den Unternehmerverbänden zufolge der geringen Demokratie für von allem informierte Personenkreise weit kleiner als bei uns. Dies ist ein gewaltiger Vorteil für die Unternehmer uns gegenüber. Redner gibt nun eine historische Darstellung der Entwicklung des Schutzverbandes, der 1906 den Gehilfen die erste Machtprobe lieferte in Gestalt der Aussperrung. Weiter schildert er, wie durch das brutale, lediglich vom Machtstandpunkt diktierte Vorgehen des Schutzverbandes fast jeder Versuch der Gehilfenschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vereitelt wurde. Zündstoff sammelte sich so immer mehr an, bis die Entladung kam im Jahre 1911. Der Kampf war ein ausgesprochener Machtkampf. Äußerungen der Unternehmer bei den Verhandlungen ließen das zur Genüge erkennen. Unter diesen Umständen hätte ein zeitliches Ausdehnen des Kampfes keinen anderen Erfolg gebracht. Kollege Leinen verbreitete sich nun an Hand der gesammelten Erfahrungen ausführlich über die zukünftig einzuschlagenden Wege und Taktiken. Er gab Fingerzeige, die zur Erstarkung, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit unserer Organisation führen sollen. — Lebhafter Beifall der Delegierten bezeugte deren Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Es wurde beschlossen, das Referat ohne Diskussion entgegen zu nehmen.

Punkt 4: »Beratung der Anträge und Stellungnahme zur Generalversammlung« fand seine Eriedigung durch die Annahme fast aller Anträge. Sie betrafen die Erweiterung unserer Unterstützungs-einrichtungen, sowie einer Reihe organisatorischer und agitatorischer Fragen. Einige davon galten dem weiteren Ausbau unserer Lehrlingsabteilung.

Damit waren die Arbeiten des Gautages erledigt. Mit der Aufforderung, alle Kraft einzusetzen, um den bevorstehenden Aufgaben gewachsen zu sein, schloß Kollege Herbst den Gautag. L. S. D.

## Ortsberichte.

Frankfurt a. M. Zu dem in Nr. 24 der »Gr. Pr.« erschienenen Ortsbericht aus Frankfurt a. M. ersucht uns der Kollege Schnellbacher-Hanau als Referent in der Versammlung, deren Verlauf in dem Bericht geschildert wird, um Veröffentlichung der Feststellung, daß der Satz: »Im Prinzip ist man ja in den graphischen Verbänden für eine Einigung, aber aus kassentechnischen und anderen Gründen lasse sich die Sache noch nicht durchführen«, nicht seiner Meinung entspricht, sondern nur als ein Zitat der Einwände, die von anderer Seite gegen die Einigung erhoben werden, aufzufassen ist. Seine eigene Meinung gehe aus den ersten Sätzen des Berichts und aus der Resolution hervor. Er sei Anhänger der Schaffung eines graphischen Bundes, auch ohne Buchdrucker und halte die gegen den Zusammenschluß geltend gemachten Gründe nicht für stichhaltig. — Wir nehmen von diesen Feststellungen gern Notiz, obwohl kein aufmerksamer Leser etwas anderes als das, was Kollege Schnellbacher hervorhebt, aus dem Bericht herausgelesen haben wird.

## Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

## Der Mißbrauch der Schule durch die Lehrlingsausbeuter.

Der Lehrlingsfang ist den Unternehmern solcher Gewerbe, die wirtschaftlich niedergehen oder sich doch wenigstens nicht mehr wirtschaftlich weiter

entwickeln können, aus begrifflichen Gründen nicht besonders leicht. Die Erscheinung ist daher allgemein, daß diese Leute alle Mittel, selbst die bedenkllichsten, aufwenden, um zu den begehrten jungen und billigen Ausbeutungskräften zu kommen. Da sie nun auch die Schulen dazu mißbrauchen, um sich ihr unlauteres Tun zu erleichtern, ist es für uns die höchste Zeit, daß wir diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir dürfen es nicht dulden, daß den Schulen Aufgaben zugewiesen werden, die ihnen nicht zukommen:

In welchem Umfange sich schon die Schulen dazu ergeben, die ausscheldende Jugend den Lehrlingszüchtern zur Ausbeutung zuzutreiben, zeigt folgende Notiz der Urzelung:

»Eine Förderung des Handwerks lassen sich einzelne Schulverwaltungen besonders angelegen sein. Sie suchen bei der Berufswahl der Volksschüler einzuwirken. Man ist bestrebt, die Schüler dem Handwerk als Lehrlinge zuzuführen und so auf eine Verminderung der ungelerten Arbeiter hinzuwirken. Lehrer und Gemeinden haben diese Bestrebungen meist unterstützt. Die Knaben werden beim Unterricht, wo sich Gelegenheit bietet, in wirksamer, aber nicht aufdringlicher Weise über die Bedeutung und Vorzüge des Handwerks belehrt. Auch werden zum Teil passende kleine Schriften über Berufswahl an die abgehenden Knaben verteilt. Man stellt auch Listen der abgehenden Schüler auf, die an die Innungen, Arbeitsnachweisstellen oder an die örtlichen Schulverwaltungen abgegeben werden. Am meisten Erfolg verspricht man sich von einer mündlichen Einwirkung. Schulleiter oder Lehrer der ausscheldenden Knaben können mit deren Eltern in persönliche Verbindung treten. Sie haben dann Gelegenheit über die Wahl des Berufes zu sprechen und vor unüberlegten Schritten zu warnen.«

Diese Notiz hat für uns eine besondere Bedeutung, weil, wie wir letzthin hier vorgeführt haben, auch unsere Unternehmer vor einem solchen Mißbrauch der Schule nicht zurückschrecken. Obgleich ein derartiges Vorgehen gegen den Sinn unserer Abmachungen vom 10. Dezember vorigen Jahres verstößt, sehen unsere Unternehmer doch nicht davon ab. In der Auslegung und der Durchführung eingegangener Verträge sind ja, wie die Erfahrung lehrt, unsere Unternehmer sehr eigennützig! Geht das Treiben unserer Unternehmer auf diesem Gebiete so weiter, dann wird uns schließlich nichts anderes übrig bleiben, als daß wir ebenfalls in der Auslegung der Abmachungen in der Lehrlingsfrage so weitherzig wie jene Herren werden!

Wie von den Schutzverbändlern die eingegangenen Verpflichtungen aufgefaßt werden, das zeigt besonders das Verhalten der Firma Wezel & Naumann in Leipzig, auf das wir letzthin hier hingewiesen haben. In dem Berichte des Gauvorstandes des Gaues Leipzig-Thüringen zum Gautag 1913 finden wir jetzt nähere Einzelheiten über dieses Vorgehen der Firma im Lehrlingsfang. Wir wollen nicht verfehlen, diese hier vorzuführen. Es wird dort gesagt:

Um Lithographen-Lehrlinge zu erhalten, hat sich die Firma Wezel & Naumann an die städtischen Zeichenlehrer gewandt. Sie fand auch einen, der sich bereit erklärte, schulpflichtige Kinder zu dem Zwecke zu unterrichten daß sie nach der Schulentlassung als Lehrlinge in der Firma aufgenommen werden können. Natürlich wird der Lehrer dafür bezahlt. Er hat darum ein großes Interesse daran, möglichst viele Kinder zu unterrichten. Nicht nur solche Knaben sucht er zusammen, denen er schulpflichtigen Unterricht zu erteilen hat, sondern schaut auch zu, wo er sonst noch welche erlangen kann. Der Betrieb geht auch ganz flott, denn obwohl zu Ostern 1913 eine größere Anzahl Jungen auf diese Weise an die Firma Wezel & Naumann vermittelt werden konnten, sind jetzt schon wieder 17 Unterrichtsteilnehmer vorhanden. Vergangene Weihnachten wurden Geldprämien an die Schuljungen verteilt und im Januar erlebten sie vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aus Berlin politische Flugblätter mit geradezu albernem Inhalt zugesandt. Der Reichsverband muß natürlich die Adressen der Knaben von einer bestimmten Stelle erhalten haben. Jene Stelle gibt sich also dazu her, mit Schuljungen Politik zu treiben. Dabei denke man an das Gefährliche vieler Unternehmer, des Herrn Dr. Wagner und nicht zuletzt der Firma Wezel & Naumann über unsere Lehrlingsabteilung! Da aber bei dem Massenbetrieb dieses städtischen Zeichenlehrers der etwaige Bedarf an Lithographenlehrlingen bei Wezel & Naumann weit überschritten wird, müssen natürlich jetzt noch weitere Firmen in Frage kommen, die bedient werden. Es entsteht der Verdacht, daß wir es hier mit Einrichtungen zu tun haben, die von gewissen Unternehmern unterhalten werden und die im schreiendsten Widerspruch mit den Abmachungen



vom 10. Dezember 1912 stehen. Auf alle Fälle ist diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit allen Mitteln dagegen anzukämpfen! Es handelt sich hierbei nicht darum, daß der Zugang eines vorgebildeten Nachwuchses zur Lithographie verhindert werde, sondern um das Irreführen der Eltern über die Verhältnisse in unserm Berufe. Die Versprechungen, die den jungen und ihren Eltern gemacht werden, können sich nie erfüllen!

Hoffentlich findet unsre Generalversammlung, die sich mit diesen Vorgängen befassen muß, Mittel und Wege, um jenen Leuten das Irreführen der Jugend mit Erfolg zu unterbinden!

**Die photomech. Fächer.**  
Teil für die Interessen der Chemigrappen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

**Aus den Sektionen.**

**Cöln (Chemigr.).** In unserer Monatsversammlung vom 18. Juni wurde über die schon viel besprochene Ferienfrage verhandelt. Die Versammlung betonte, es müsse versucht werden, dort wo noch keine Ferien bestehen, solche durch Verhandlungen mit den Chefs und reges Zusammenarbeiten der Kollegen auch schon in diesem Jahre zu erreichen, da doch diese Frage zweifellos bei der neuen Tarifrevision eine der wichtigsten ist. Weiter wurde bedauert, daß der Tiefdruck nicht in dem Maße behandelt wird, wie es notwendig wäre. Verschiedene Kollegen halten es für das Beste, wenn von der Zentrale mehr an die Öffentlichkeit dringt; zu begrüßen wäre auch, wenn Kollegen aus unseren Reihen, die Erfahrungen und Kenntnisse auf diesem Gebiete besitzen, diese durch die »Graph. Presse« zur Kenntnis bringen würden. Dadurch sei es möglich, in die Art des Tiefdruckes und aller anderen Verfahren einzudringen. Auch wurde angeregt, das Publikum auf die Arbeiten der sogenannten Künstler (Buchgewerber) aus den Fachschulen aufmerksam zu machen. Welcher Schand da mandual zum Vorschein kommt, könnte am besten durch eine Sammlung und Ausstellung derartiger Kunstwerke mit guten Sachen als Gegenstücke gezeigt werden. Zweifellos haben unsere Zeichnerkollegen unter diesen Zuständen viel zu leiden.

**Eiberfeld (Chemigr.).** In der letzten Versammlung der Chemigrappen in Eiberfeld-Barmen wurden die auszuarbeitenden Anträge zur Tarifrevision verlesen und lebhaft diskutiert. Nach einigen Änderungen stimmten die anwesenden Kollegen den Anträgen zu. Im allgemeinen zeigte die Aussprache in den letzten Versammlungen, die sich mit der bevorstehenden Tarifrevision befaßten, daß die hiesigen Chemigrappen zu jeder Zeit bereit sind, ihre ganze Kraft für den Tarif einzusetzen, da die Festlegung eines Tarifverhältnisses eine gute und gesunde Fortentwicklung unseres Gewerbes sichert.

**Photogr. Mitarbeiter.**

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

**Warnung vor Zuzug nach Deutschland.**

In der letzten Zeit konnte in der Arbeitsvermittlung durch unsere Kollegen festgestellt werden, daß fortwährend ausländische Kollegen nach Deutschland und besonders nach Berlin zureisen, die, ohne irgend welche Auskunfft einzuholen, glauben, baldigst Stellung zu erhalten. Bei der großen Zahl der vorliegenden Vormerkungen ist dies aber nicht der Fall. Von diesen zureisenden Kollegen kann ein großer Teil bei der Vermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis nicht berücksichtigt werden, weil die betreffenden den Nachweis eines geregelten Lehr- oder Ausbildungsganges nicht beibringen können. Viele dieser, von Barmitteln vollständig entblößten Personen sind dann der größten Not und Entbehrung preisgegeben.

Im Interesse der betreffenden Personen selbst, wie auch im Interesse des Berufes bitten wir, den Zuzug fernzuhalten und ohne ausreichende Ausbildung nicht nach Deutschland zu reisen. Wir bitten alle Fachkreise, das Bestreben, in Deutschland geregelte Lehr- und Ausbildungsverhältnisse herbeizuführen, zu unterstützen.

Die Zentralkommission der Photographen Deutschlands.

**Aus den Sektionen.**

**Berlin.** In der letzten Versammlung unserer Berliner Filiale wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, einen gemeinsamen Besuch der Intern. Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik vorzubereiten. Hierzu werden von der Organisation besondere Sparmarken ausgegeben, wodurch sich jedes Mitglied, daß sich diesem Besuch der Ausstellung anschließt, die notwendigen Mittel aufsparen kann. — Ferner hat sich die Photographenfiliale ab 1. April dieses Jahres mit einem wöchentlichen obligatorischen Beitrag von je 10 Pf. der Berliner Lokalkasse angeschlossen, wodurch eine erhöhte Arbeitslosenunterstützung möglich ist. — In dem paritätischen Arbeitsnachweis, der durch Vereinbarung der Innung mit der Gehilfenorganisation in Berlin geschaffen wurde, werden nicht ordnungsgemäß ausgebildete Gehilfen nicht mehr vermittelt; dieses ist notwendig, weil sich alle möglichen Elemente berufen fühlen, als Photographengehilfen eine Position zu suchen, obschon ihnen die einfachsten Vorbedingungen zur Ausübung des Berufes abgingen. Im Interesse des gesamten Berufes ist dieser Beschluß gerechtfertigt. — Der »Photographische Verein« zu Berlin hat in seiner Vereinssitzung vom 12. Juni beschlossen, die üblichen grünen Zettel zur Empfehlung der Seegerischen Stellenvermittlung nicht mehr mit den Einladungen zu den Sitzungen zu verschicken, sondern dies im Interesse des Innungsnachweises zu unterlassen.

**München.** In einer Versammlung der Münchener Photographengehilfen, die vom Gehilfenausschuß der Innung einberufen war, sprach Direktor Professor Emmerich über das Thema: »Warum soll der Photograph künstlerisch arbeiten?« Am Schlusse seiner Ausführungen betonte der Referent, daß der Entwertung der Photographie entgegengetreten werden müsse durch eine starke Gehilfenorganisation, die nach dem Vorbild der Buchdrucker und Chemigrappen mit der Unternehmerorganisation gemeinsame Maßnahmen veranlassen müsse.

**Stuttgart.** Zu der Tarifbewegung der Photographen in Stuttgart ist zu erwähnen, daß nunmehr 21 Firmen in Stuttgart und Umgegend den Tarif unterschrittlich anerkannt haben. Darunter auch eine Anzahl Mitglieder des »Württembergischen Photographenbundes«, der s. Zt. einen Abschluß mit der Gehilfenorganisation abgelehnt hatte.

**Die Tapetenbranche.**

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

**Aus den Sektionen.**

**Berlin.** Unsere Mitgliederversammlung vom 15. Juni nahm Stellung zur Stuttgarter Generalversammlung. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der den Paragraphen 41 Abs. 8 unseres Verbandsstatuts dahin abgeändert wissen will, daß auf den Generalversammlungen auch die Vorsitzenden der Zentralkommissionen vertreten sein müssen. Zur Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß es ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte, den Personen die jahrelang jahraus die Geschäfte ganzer Berufe zu leiten haben. Gelegenheit zu geben, sich über alle unsere Organisation angehende Fragen zu informieren. Nach der Delegiertenwahl kam es wieder zu lebhaften Debatten bei der Erörterung des jetzt herrschenden Überstundenunwesens und bei der Bekanntgabe des Resultats einer Lehrlingsstatistik, wonach letzte Ostern wieder 89 Lehrlinge eingestellt wurden, während nur 27 auslertren. Bei zirka 600 Formstechern haben wir also die enorm hohe Zahl von 240 Lehrlingen. Schließlich wurde beschlossen, diese beiden uns zurzeit am meisten interessierenden Fragen als 1. Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, um so eine gründliche Erörterung zu ermöglichen. Es wäre überhaupt wünschenswert, wenn die Kollegen allerorts hierzu einmal Stellung nehmen und Vorschläge machen würden, wie diesen beiden Übeln am besten beizukommen ist. — Die Firma Peters hat an unserem letzten Bericht Anstoß genommen. Sie behauptet, wir hätten damit den Ansdien erweckt, als habe sie sämtliche 7 Lehrlinge letzte Ostern eingestellt. Dieses hat uns selbstverständlich ferngelegen; wir glauben auch nicht, daß unsere Kollegen das aus dem Bericht entnommen haben. Die Firma Peters bildet im ganzen 7 Lehrlinge aus, allerdings nicht bei 27 Formstechern, sondern nur bei 24.

**Stellenangebote**

**Kupferdrucker**  
für farbig verlangt sofort oder später  
Wilhelm Lindner, Berlin SW. 13,  
Hollmannstr. 22. [180]

**Stellengesuche**

**ANDRUCKER.**  
Schriftlich erfahrr. Andr., spez. f. Verkauf u. Masch. sucht sof. dauer. Stell. Gleich wohin. Gute Referenz. steh z. Verfüg. Gefl. Off. an Jurriaan Bloeker, Stuttgart-Ostheim, Kanonenweg 176 11.

**Verschiedenes**

**Wollen Sie Ihr Inserat**  
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-  
druck, Photomechanische Verfahren,  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.  
Prospekt traf. Kunstgewerbeschule  
**Barmen**

**Roulett., Fadenstichel**  
**Fräser u. s. w.** in bester Aus-  
führung fert. an  
Carl Neumann, vormals G. König,  
Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

**Wischwalzen - Schläuche**

ohne Naht für Steindruck-Schnell-  
Pressen liefert  
**Edmund Behnisch,**  
**Lukenwalde.**  
Vertreter an allen größeren Plätzen.  
Ia. Zeugnisse.

**Lichtdruckeinrichtung**

mit Roderer Handpresse  
Fundamentgröße 35 x 50 cm, ist billig  
zu verkaufen. Gefällige Offerten an  
Frdr. Kolb, Ditzingen,  
Oberamt Leonberg-Württemberg.

**Beste lith. Ätzgrund**

(Kupferstechergrund, in Näpfen à Mk. 1.-)  
zum Auftragen mit dem Pinsel.  
Emil Peterle, Düren I. Rhld,  
Aachenerstraße 63.

**180 Goldfüllfederhalter**

(Verfallenes Pfandobjekt!) m. gestemp.  
14kar. Goldfeder, sonst 10 Mk. gebe so  
lange Vorrat reicht auch einzeln à 5 Mk.  
(Nadn. 30 Pf. mehr) ab.  
H. Reher, Kiel, Metzstraße 31.

**Die Umbildung der Chromolithographie**

Photolithographischer Vier- und Mehr-  
farbendruck. Gebunden 5,- Mk.  
**Th. Kirsten, Hannover,**  
Im Moore 26. [250]

**ADLER-FILM,**  
das weißbleibende Tanglerfilm mit Hoch-Relief.  
**F. Trommer, Leipzig, Bülowstraße 8.**

**Fachliteratur.**

**Der praktische Umdrucker.**  
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-  
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf  
**Alois Senefelder und die Erfindung**  
der Lithographie.  
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.  
Senefelders Lehrbuch der Litho-  
graphie und des Steindrucks vom  
Jahre 1821.  
Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder  
4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.  
Zu beziehen durch:

**Conrad Müller, Schkeuditz.**

**Verbandsnachrichten**

**Gau X!**

Die Adresse des Gauvorstandes ist jetzt  
**Albert Schaub, Stuttgart,**  
Seyffersstraße 44. — Telefon 11634.

**Göteborg!**

Auskunftserteiler der Formstecher  
ist Kollege  
**Wilhelm Bernhardt, Formstecher,**  
Göteborg-Schweden,  
Nordhemsgatan 74.

**Offenburg i. B.!**

Kassierer und Unterstützungsauszahler  
**Joseph Schwab, Langestr. 48 11.**

Das Mitglied

**Fritz Wutzler,**

B. Nr. 4186, wird hiermit aufgefordert  
seinen Verpflichtungen in der Herberge  
Nordhausen nachzukommen, widri-  
genfalls Anzeige erstattet wird.  
Zahlstelle Nordhausen.  
NB. Die Ortsvorstände werden ge-  
beten selbigen anzuhalten.

Unserem lieben [120]

**Aug. Steurer**

gen. Franz'ia Wien, zu seiner Abreise ein  
**herzliches Lebewohl**  
und viel Glück im neuen Wirkungskreise.  
Seine Freunde vom Kegelsklub  
Chemigraphia-Braunschweig.

Unserm Freunde und Kollegen

**Heinrich Mutschke**

bel seinem Scheiden von Stuttgart ein  
**herzliches Lebewohl.**  
Kollege Mutschke hat sich in fast  
15-jähriger Tätigkeit, sowohl in Stuttgart,  
als auch im ganzen Gau X und Kreis IV  
die Achtung aller Kollegen erworben.  
An dieser Stelle sei ihm nochmals  
herzlicher Dank ausgesprochen, wir wün-  
schen unserem Freunde Mutschke in sei-  
nem neuen Wirkungskreise alles gute.  
Kreis IV — Gau X.  
**Die Zahlstelle Stuttgart I und II.**